

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beifallsgeld vierfachjährlich 14,00 zł.
monatl. 1,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 1,50 zł. Bei
Postbezug vierfachjährl. 16,16 zł., monatl. 5,39 zł. Unterstreifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 zł. Deutschland 2,50 zł. M. — Einzelnummer 25 Gr. Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bertruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einhälftige Millimeterzeile 15 Groschen zu enthal-
ten. Reklamezeile 125 Groschen Danzig 10 bis 40 Gr. Dt. St.
Deutschland 10 bis 70 Goldgr. übriges Ausland 100%. Aufdruck. — Bei Platz-
verzicht und schwierigem Satz 50% Aufdruck. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühre 100 Groschen. — Für das Erbrechen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Wögen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 277.

Bromberg, Dienstag den 1. Dezember 1931.

55. Jahrg.

Schutzoll-Fieber in England.

Asiatische Sorgen.

(Von unserem Londoner Mitarbeiter)

London, den 28. November.

Dennächst werden, wenn es im Sinne einer gewissen Preise weiter so geht wie bisher, englische Ärzte ihren Patienten Schutzölle gegen Bazilleninfektionen empfehlen. Denn es gibt hier heute kaum ein wirtschaftspolitisches Gebrechen, gegen das nicht — Schutzoll empfohlen wird. England hat das Schutzollfieber und zwar gründlich. Die Blätter bringen täglich wunderschöne statistische Bilder, aus denen sich das „Dumping“ fremder Waren ergibt, und wenn man sich die gebrachten Zahlenbilder ansieht, so ist es freilich richtig, daß in den englischen Häusern ein ganz erledigliches Warenquantum als Angsteinsfuhr, wenn auch nicht als Dumping, gelandet worden ist. Denn was ist schließlich „Dumping“? To dump bedeutet im Englischen: „fortwerfen, fortshütteln, verschleudern“. Man wirft Dinge über Bord, ohne Rücksicht auf die Kosten. Aber die heutige Einfuhr nach England ist zweifellos nur in gewisser Weise eine Schleuderkonkurrenz. Nein, es ist die Angst der fremden Importeure. Es ist Angst nicht zuletzt der englischen Einfuhrfirmen. Sie wollen sich eindecken. Man kann nicht wissen, was kommen wird. Sie wollen sich dagegen sichern.

Freilich, ob nicht gerade diese Angsteinsfuhr um jeden Preis gerade die Gefahren vergrößert, die man bekämpft, ist eine ganz andere Frage. Der Niederschlag in gewissen, nunmehr von der neuen Zollverordnung erfaßten Waren, war natürlich ein sehr schönes durchschlagendes Argument für die englischen Schutzöller, um gerade das hervorzu bringen, was von den Importeuren befürchtet wurde, nämlich den Schutzoll. Vorläufig stehen wir vor einem System von Notmaßnahmen auf beiden Seiten. Die Englische Regierung hat unbegrenzte Vollmachten, Schutzölle bis zu 100 Prozent vom Werte einzuführen. Gewiß, aber sie besitzt keinerlei Erfahrungen auf dem Gebiete der Rückwirkungen. Denn wird die englische Binnenvorproduktion auch geschützt, so muß England doch nach wie vor exportieren, und das ganze englische Reich erst recht. Da gibt es tausend und abertausend Dinge, die man nicht nur kaufen, die man vor allem verkaufen möchte. Da ist hierzulande die Kohle, da sind Baumwollfabrikate, da sind Schiffe, da sind Automobile, Wollstoffe und vieles andere mehr. Und da sind die Kolonien: sie stellen Gummi, Baumwolle, Getreide, Nahrungsmittel, Textilstoffe her, und sie wollen sie auch loswerden. Geht nun das Ausland dazu über, seinerseits Kampfzölle einzuführen, wie die Vereinigten Staaten, Frankreich und wohl auch das Deutsche Reich, so wird die erste Folge der englischen Politik ein Weltkrieg sein, dessen wirtschaftlicher Ausgang nicht ganz dem entsprechen dürfte, was sich die Leute hier vorstellen. Aber eines ist gewiß: England hat entschlossen eingegriffen, und wenn man im allgemeinen Sinne etwas von der Lage sagen darf, so ist es eben dies: England wird sich nicht mehr für dummen verkaufen lassen.

Überdies geht man hier tatsächlich vorsichtiger zu Werke als es zunächst scheint. Der Handelsminister Nunciman ist ein kluger und umsichtiger Herr. Er weiß genau, was auf dem Spiele steht. Er sieht die Gefahren deutlich. Er ängstigt. Er weicht aus. Natürlich muß auch er der Stimmung Rechnung tragen. England will das Schutzollexperiment machen. Daran ist nichts zu ändern. Man will versuchen, was dabei herauskommt. Das Experiment bleibt in der Praxis entscheidend.

Ahnlich ist auch das Ergebnis der Indien-Konferenz am Runden Tisch zu bewerten. Auch sie war ein Experiment, das glänzend mißglückt zu sein scheint, in Wahrheit aber keineswegs so mißglückt ist, wie sich das manche Theoretiker vorzustellen belieben. Denn das, was sie als Ergebnis exträumten, konnte niemals dabei herauskommen: eine Lockerung der englischen Herrschaft. So ist denn auch das Gegenteil dabei herausgekommen, nämlich eine Festigung der englischen Stellung, die sich notwendigerweise aus der Uneinigkeit der Länder ergeben mußte. In London ist man der Meinung, daß Ghandi keine gute Figur gemacht hat. Man hat gerade ihn in eine unmögliche Lage hineinmanövriert. Sie wird durch eine möglichst schön gefärbte Berichterstattung seiner indischen Freunde in der indischen Presse nicht gebessert. Es mag sein, daß Ghandi auf lange Sicht Recht behält. Aber in diesem Sinne behält jeder Recht, der da behauptet, es gäbe auf dieser Welt keinerlei Dauer; es ändere sich alles. Auch das Verhältnis Englands zu Indien wird sich einmal ändern. Das wissen auch die Engländer. Aber es kam ja gar nicht darauf an, diese große Änderung der Beziehungen hervorzubringen, sondern die gegenwärtige Lage zu entwickeln, zu verbessern, exträumlicher zu machen. In diesem Sinne sind schöne Worte gemacht worden, aber England ist jetzt in einer besseren Lage als bisher.

Nur vor einem soll man sich hüten, etwa diese Konferenz mit den Tagungen des Völkerbundes zu vergleichen, obwohl auch hier sehr viel Stroh gedroschen worden ist. Denn hinter dieser Konferenz steht eine ganz konkrete Macht, hinter den Tagungen des Völkerbundes steht nichts, ausgenommen widerstreitende Interessen. Und England weiß genau, weshalb man den Japanern nicht in den Arm fällt, wie wir Deutsche das einmal nach dem

chinesisch-japanischen Krieges getan haben. Japan ist nämlich, so merkwürdig das scheinen mag, der Vorkämpfer des europäischen Prinzips, der europäischen Auffassung von der chinesischen Ordnung und nicht etwa der Vorkämpfer einer asiatischen Politik. Freilich eine asiatische Politik kann dabei herauskommen, aber im Sinne einer Nationalisierung der Chinesen. Die aber bliebe abzuwarten. China als Vierhundert-Millionenreich ist ein Begriff und keine Tatsache. Und China ist bisher Englands heimliche Kolonie gewesen.

Wenn wir nur einen Augenblick weiter denken, so sehen wir auch, daß sich heute in der Mandchukreie die europäische Weltpolitik im Sinne Englands zum Kreise

schiebt. Denn es geht nicht etwa nur um China und Japan, sondern ebenso, ja vielleicht mehr noch um Russland und Japan. Vielleicht hat in der Mandchukreie die große Auseinandersetzung mit dem asiatischen Problem des Bolschewismus begonnen. Dann aber werden Rückwirkungen auf Osteuropa schließlich nicht ausbleiben. Und weil China schließlich auf Seiten Russlands steht, weil es von dort unterstützt zu werden scheint, vertritt der Engländer zum ersten Male seit langem die europäische Ordnung, wenn auch vorläufig nur im Fernen Osten. Was werden wird? England ist sehr gebildig im Sinne des Wortes Hamlets: Bereitsein ist alles.

„Brest-Wahlen“ und „Wahlwunder“.

Der 29. Verhandlungstag im Brest-Prozeß.

Warschau, 30. November.

Am Freitag wurde in dem Prozeß gegen die elf Führer des Zentrolinksblocks die Vernehmung von Entlastungs- und Belastungsszeugen fortgesetzt. Von Interesse dürfte es sein, daß bis jetzt

etwa 400 Zeugen vernommen

worden sind. Wegen Raumangst, aber auch um unsere Zeiter durch Wiederholung der Aussagen der Lis jetzt verhinderten Zeugen nicht zu langweilen, beschränken wir uns diesmal auf die Wiedergabe eines Auszuges über einzelne zwar nicht neue, aber doch charakteristische Momente der Beleidigung, die gewisse Vorkommnisse in einem eigenartigen Lichte erscheinen lassen.

Die Stimmung der Bauern in Galizien.

Die Verhandlung am Freitag begann mit der Vernehmung des Pfarrer Solak aus Grzybow bei Krakau, der zunächst über die Tätigkeit des Abg. Witold sprach. „Witos“ sagte der Zeuge, „Kenne ich schon seit einer Reihe von Jahren; wir stammen aus derselben Gemeinde, sind ungefähr in demselben Alter. Seine Arbeit am galizischen Bauern war vom nationalen und staatlichen Gesichtspunkt getragen. Es gibt in Galizien keinen Menschen, der gegen Witos Vorurteile hätte.“ Der Zeuge berichtet dann über die Erbitterung der Bauern, die stets Anhänger der Rechtsmäßigkeit gewesen seien. In dem Gehirn des galizischen Bauern hätten revolutionäre Ideen keinen Raum. Die Erbitterung der Bauern hätte ihren Ausdruck in der wiederholten Klage gefunden:

„Wir haben keinen Führer, der ein unabhängiges Polen leiten könnte.“

Pfarrer Solak beantwortete sodann eine Frage der Verteidigung über die Beziehungen zwischen der Geistlichkeit und den Verwaltungsbehörden. „Als polnischer Geistlicher“, erklärte der Zeuge, „muß ich auf dem Boden der Staatlichkeit stehen, da dies meine Mission ist. Politisch habe ich mich nicht betätigt, gehöre auch keiner Partei an.“

Ein Kontakt zwischen den Beamten und der Geistlichkeit wäre möglich gewesen, wenn die Beamten auf der Höhe ihrer Aufgaben gestanden hätten.

Ich selbst aber bin nur Schikanen begegnet. Jedenfalls sind mir, wenn ich auf die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen der Geistlichkeit und den Verwaltungsbehörden eingehen soll, nur traurige Erinnerungen geblieben. Der Starost, der hier aussagte, erhielt die Demission, weil es ihm nicht gelungen war, mich auf den Hof der Sanierung hinüberzuziehen.“

Dr. Lange zum zweiten Mal verurteilt!

Horn, 28. November. (Eigene Meldung.) In den Mittagstunden wurde am Sonnabend das Urteil in dem bekannten Salpeter-Prozeß gefällt, über dessen Beginn wir in unserer letzten Ausgabe ausführlich berichteten. Das Appellationsgericht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Alank erkannte gegen den früheren Inspektor der Zuckarfabrik Culmsee Orlewiecz auf 5 Monate Gefängnis mit 5jähriger Bewährungsfrist wegen Betrugses, gegen den verdienstvollen letzten deutschen Direktor der Zuckarfabrik Dr. Ernst Lange auf 2 Monate Gefängnis mit 5jähriger Bewährungsfrist wegen Billigung des Betrugses und gegen Ingenieur Busch auf Freispruch.

In der ersten Instanz war Dr. Lange von der Anklage des Betrugses freigesprochen worden. Gegen Billigung des Betrugses hatte das Bezirksgericht Horn auf 2 Monate Gefängnis erkannt. Ingenieur Busch war schon in der ersten Instanz freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Staatsanwalt wie Dr. Lange Berufung eingelegt.

In der Begründung des Urteils der zweiten Instanz heißt es, daß das Gericht zu der Überzeugung gekommen sei, Dr. Lange habe die betrügerischen Manipula-

Der nächste Zeuge, Abg. Ingenieur Józef Pawłowski, sagte aus, daß das Polentum in Ostgalizien zurückgegangen sei. Die Beamtenchaft stehe dort entweder im Kampfe gegen die Oppositionsparteien, oder sei vollkommen desorientiert und fürchte die vorgesetzte Behörde. Wenn die Zahl der Regierungsbürokraten in diesem Gebiet größer geworden ist, so sei das darauf zurückzuführen, daß man uns (den Zentrolinksblock, D. R.) „verdrängte“.

„Wenn man“, so erklärte der Zeuge weiter, „bei uns kandidiert, so riskiert man schon das Leben.“

Hinter jedem Abgeordneten, der zur Versammlung fährt, fahren zwei Autos, in dem einen ein Stoßtrupp, in dem anderen die Polizei. Als man mich in Tymon bis zur Bewußtlosigkeit schlug, schaute der Polizeifordon tapfer zu. Abg. Opolski, der mit mir zur Versammlung kam, wandte sich an einen örtlichen Ladenbesitzer, um Wasser zu holen, damit ich wieder zum Bewußtsein komme. Der Ladenbesitzer gab kein Wasser her, er war so eingeschüchtert, daß er befürchtete, man werde auch ihn „erschlagen“. Unter Kenntnis von Namen habe ich diese Sache der Staatsanwaltschaft übergeben; ein Verfahren ist aber bis jetzt nicht eingeleitet worden, trotzdem darüber bereits ein Jahr vergangen ist.“

Der Zeuge sprach dann auf Fragen der Verteidigung über die letzten Parlamentswahlen und besonders über die fürzlich in Przemysl stattgefundenen Nachwahlen „Die Sejmawahlen“, sagte Abg. Pawłowski, „nennt das Volk.“

Brest-Wahlen.

An die Einheit dieser Wahlen glaubt nicht einmal ein Kind. Ich besitze ein Protokoll, das von dem Vorsitzenden der Wahlkommission unterschrieben wurde und das sich von dem Protokoll der Kreiswahlkommission infolge unterschied als nach diesem durch irgend ein Wunder 900 Stimmen (vom Zentrolinksblock) zur „Jedynka“ (Regierungsliste) übergegangen sind.“

Die „Nicker“.

Auf eine Frage des Angeklagten Ciołkoß betonte der Zeuge, die Bevölkerung Galiziens sei schmerzerfüllt, daß es dort keine Selbstverwaltung im wahren Sinne des Wortes gibt. Die Leute, die in den fehligen Selbstverwaltungen sitzen, werden „Nicker“ (Kiwoay) genannt, weil sie zu allem, was der Starost sagt, nicken und zu allem Ja und Amen sagen.

Es wurde noch eine Reihe weiterer Zeugen vernommen, die jedoch zur Sache nichts Wesentliches aussagen konnten, worauf die Verhandlung auf den nächsten Tag vertagt wurde.

tionen des Angeklagten Orlewiczs gebilligt; das gehe daraus hervor, daß Orlewicz im Jahre 1928 einmal zu Dr. Lange gesagt habe, daß diesmal bei der Salpeter-Anklage ein Manko entstehen werde. Dr. Lange habe darauf erwidert, Manko dürfen nicht entstehen, es müsse alles stimmen. Aus dieser selbsterklärenden Mahnung will das Gericht unglaublicher Weise die Billigung zum Betrug des Polen Orlewiczs herauslesen! Außerdem beruft sich das Gericht in seiner Begründung des Urteils auf die Aussagen eines in der ersten Instanz unverändert vernommenen Zeugen, und zwar eines Arbeiters, der selbst Sand dem Salpeter beigebracht hatte und der aussagte, es müsse ein Wunder geschehen, daß Dr. Lange nichts von den Beimischungen gewußt habe.

Gegen das Urteil hat der Verteidiger Dr. Langes, Rechtsanwalt Volt-Thorn die Kassationsklage angemeldet. Wir erwarten, daß das Oberste Gericht einen Weg findet, um endlich mit diesen unglaublichen Verurteilungen des von der Zuckarfabrik Culmsee nach längerer Haft verbrannten Directors Dr. Lange ein Ende zu machen. Die Begründung des Urteils der zweiten Instanz spricht für sich selbst. Wenn man solche Aussagen und Zeugen allgemein gelten lassen wollte, — wer wäre dann wohl noch vor Strafe sicher?

Schäfers Verteidigung.

Der hessische, als Nationalsozialist gewählte Landtagsabgeordnete Schäfer, der das Boxheimer Dokument den Behörden übergab, ist wegen dieses Auftretens von seinen bisherigen Parteigenossen begreiflicherweise heftig angegriffen worden. Zu seiner Rechtfertigung übergibt er der „Bössischen Zeitung“ folgende Erklärung, die wir auszugsweise ebenso wiedergeben, wie vorher die Behauptungen der Gegenseite:

Wie vorauszusehen war, sind sofort persönliche Angriffe gegen mich erfolgt. Persönliche Beleidigungen gehören zum System des politischen Kampfes der NSDAP. Vor einigen Wochen erging seitens der Reichsleitung der NSDAP in München ein Rumschreiben — falls auch zunächst die Echtheit dieses Schreibens bestritten werden sollte, kann es sofort zum Abdruck kommen —, das besagte: um die wirtschaftlichen Verbände, die ja zum größten Teil der DVP und der DNVP nahestehen, zu beunruhigen, solle man jede kleine Verfehlung der Syndici, Geschäftsführer usw. von wirtschaftlichen Verbänden, auch solchen der Arbeitgeber, möglichst breit in der Öffentlichkeit ausbauschen. Berütern, zerstören und nichts weiter als zerstören! Das gesamte politische und wirtschaftliche Leben soll systematisch mit einer persönlichen Hebe vergiftet werden. Während man in Horburg mit der Miete des Biedermanns Schafbands übte, ordnete ein Geheimbefehl an, die neuen Freunde persönlich in den Dreck zu ziehen. Soweit die gegen mich erhobenen Vorwürfe in Betracht kommen, stelle ich ehrige Gegenfragen:

1. Es soll die Bank genannt werden, die von mir Wechsel ankaufte und vor dem Verkauf der Wechsel an Dritte sich nicht mit dem Akzeptanten zwecks Prüfung der Echtheit in Verbindung setzte.

2. Es sollen die Ankäufer der Wechsel genannt werden, die die falschen Wechsel von einer Bank ankaufen und sie bei Feststellung der Fälschung nicht sofort an die verkaufende Bank — ein anderer Weg ist nicht denkbar — zurückgaben.

Ein Mensch ist sehr rasch in den Schuh gezogen, besonders wenn moralisch nicht einwandfreie Gegner sich zum gemeinsamen Vorgehen entschließen. Keine Bank auf der ganzen Welt hat gegen mich jemals einen Strafantrag wegen Wechselsfälschung gestellt.

Ich habe mein Mandat erschwindelt, behauptet Dr. Best, indem ich unwahre Angaben über meinen Entwicklungsgang gemacht habe. Es muss das Unmenschlichste behauptet werden, um den Eindruck der Boxheimer Notverordnungen zu verschaffen. Hauptmann a. D. Wassing hat meine Personalien im Besitz des verstorbenen Gauleiters Gemeinder geprüft. Die ausgestreuten Behauptungen sind, mit einer bewussten Unwahrheit. Und was besagen die Personalien, die auch eingehend von der Behörde geprüft worden sind? Da ich als ehemaliger Volkschüler aus eigener Kraft den Weg zur Universität mir bahnte, sehr früh die Verwaltung-, also juristische und auch pädagogisch-philosophischen Examens ablegte, und im Alter von knapp 25 Jahren als Beamter in der Befolgsgruppe 10 eingestellt wurde (Eingangsgruppe der Regierungsräte). Und was besagen diese Personalien, Herr Hauptmann Wassing, nicht weiter, daß meine wirtschafts-politischen Abhandlungen schon vor Jahren ein lebhaftes Echo fanden, daß eine weitere wirtschafts-pädagogische Arbeit von einem Kreis ausserlesener deutscher Wissenschaftler und Wirtschaftspraktiker preisgekrönt worden ist?

Die Gauleitung der NSDAP, hat mich im Oktober 1931 mitbeauftragt, Kandidatenvorschläge zur Landtagswahl zu machen. Das habe ich getan. Habe ich mich etwa selbst vorgeschlagen? Das wird wohl niemand zu behaupten wagen, sonst würde ich auch hier meine Vorschläge in der Presse zum Abdruck bringen lassen. Ich habe mich nicht im geringsten um ein Mandat bemüht. Wird ein Mandat so „erschwindelt“? Schwindelt nicht vielmehr die Gegenseite?

Ich habe mich rächen wollen! Diese Behauptung ist zu natv. Nicht rächen wollte ich mich, sondern mich nicht mit Blutschuld bedecken. Die Ablenkungsversuche persönlicher Art zwingen mich, noch deutlicher zu werden. Die schon Ende 1930 mündlich entwickelten wirtschaftlichen Pläne Dr. Bests habe ich in einem Schreiben vom 30. Juli 1931 an die Gauleitung ziemlich unverblümmt als wirtschaftliches Verbrechen bezeichnet. Als ich die Entwürfe zu Gesicht bekam, war ich entsetzt. Die Spannung zwischen mir und Dr. Best war ständig. Neue wirtschaftliche Katastrophen Erkenntnisse in maskierenden Kreisen der NSDAP folgten. Ich verzweifelte bald an mir selber, weil ich die internen Vergänge in wirtschaftspolitischer Hinsicht kannte und seit einiger Zeit wußte, daß ich meine Zuhörer in den Versammlungen belügen mußte.

Und schließlich der Hauptanlaß! Am Tage meines Austritts aus der NSDAP, fand in Offenbach a. M. wiederum eine geheime Bevölkerung statt, der u. a. Prinz August Wilhelm von Preußen beiwohnte. Dabei hat der Prinz den Reichspräsidenten als einen Verräter an seinem Vater bezeichnet, er habe von einem Professor in Weimar Material, das sofort nach Doorn gehen würde. Am gleichen Abend traf ich in Offenbach a. M. den stellvertretenden Kreisleiter von Offenbach, dem ich klar und eindeutig erklärte, die Dinge in der NSDAP nähmen eine Entwicklung, die ich nicht mehr billigen könnte, und ich würde sowohl meine parteipolitischen Ämter als auch mein Mandat niederlegen.

Mir liegt es vollkommen fern, Adolf Hitler zu unterstellen, daß er Kenntnis von allen diesen Dingen habe. Es gibt jedoch schon viele kleine Hitler in Deutschland, die eine ungeheure Gefahr bedeuten. Das beste Beispiel stellen die Boxheimer Dokumente dar. Wenn ich nicht zu Hitler gegangen bin, so geschah dies deshalb, um dem verantwortlichen Führer einer großen Bewegung die Gefahren vor Augen zu stellen, die eine wilbgewordene Unterführerschaft über Deutschland bringen kann. Direkt an Adolf Hitler konnte ich mich nicht wenden, da der Befehl vorhanden ist, daß man sich nur über die Gauleitung zu wenden habe. Und die Gauleitung hätte niemals einen solchen Bericht durchgehen lassen. Ich betone allerdings, daß es zweifellos richtig ist, daß der derzeitige Gauleiter Lenz von den Boxheimer Dokumenten keine Ahnung hatte. Wenn ich mich hätte rächen wollen, würde ich anders gehandelt haben, wie es geschah. Erfreutlich wollte ich persönlich niemanden treffen, sondern politisch auf ein irrsinniges wirtschaftspolitisches Denken hinweisen, welches, umgesetzt in die Praxis, das Deutsche Reich vernichten würde.

Dr. Schäfer gibt dann im weiteren Verlauf seiner Erklärung eine Schilderung seiner persönlichen Eigenarten und hebt die Verdienste hervor, die er für die Partei gerade in dem äußerst schwer zu bearbeitenden hessischen Wahlkreis geleistet habe. Pathetisch erklärte er dann, er wolle gern im Strafengraben umkommen, wenn er nur wüßte, daß Deutschland nicht von blutigen Dilettanten vor die Hunde gebracht werde.

Dr. Schäfer war doch ein Betrüger!

Wie die oben auszugsweise wiedergegebene Verteidigung Dr. Schäfers zu bewerten ist, kann man aus einer gleichzeitig in der reichsdeutschen Presse veröffentlichten Meldung entnehmen.

Danach bestätigt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Weimar, daß dort am 6. Februar 1931 ein Dr. Karl Wilhelm Schäfer genannt „Hermann“ Schäfer wegen Betruges in Einheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Dieser Schäfer sei am 24. September 1896 in Frankfurt am Main als Sohn eines Rentners geboren. Der hessische Landtagsabgeordnete Dr. Karl Wilhelm Schäfer hat sich in Offenbach als am 24. September 1895 geboren angemeldet. Nun ist aber der Vatersname sowohl in Weimar wie in Offenbach der gleiche und der Offenbacher Dr. Schäfer ist auch in Frankfurt am Main am gleichen Monatstage geboren. — Auch die Angaben der Darmstädter Stelle über die geistige Minderwertigkeit Schäfers sollen sich mit den in Weimar bei der Untersuchung Schäfers festgestellten Tatsachen decken. Er sei der Psychiatrischen Klinik in Jena überwiesen worden, da er zu seinem Schutz den § 81 in Anspruch genommen hätte. Das Gutachten der Jenauer Klinik habe dahin gelautet, daß der Schutz des § 81 nicht in Frage kommen könne, daß aber verminderter Berechnungsfähigkeit bei Schäfer festzustellen sei.

Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Berlin, 30. November. Im Ergebnis der Ermittlungen über die angeblichen Vorbereitungen der nationalsozialistischen Partei zu einem Umsturz in Hessen hat der Oberrechtsanwalt den Antrag gestellt, ein Ermittlungsverfahren gegen diejenigen Personen einzuleiten, die der Vorbereitung zum Hochverrat verdächtig sein könnten. Untersuchungsrichter soll der Reichsgerichtspräsident Boeller werden.

Was Hitler von Brüning geordert haben soll.

„Die Schwarze Front“, das Organ des revolutionären Nationalsozialisten Dr. Otto Strasser, veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe aufsehenerregende Mitteilungen über ein bevorstehendes Kabinett Frick-Brüning-Gregor Strasser-Groener. Am 18. und 19. November habe Adolf Hitler mit seinem engeren Stabe erneut in Berlin geweilt und mit zahlreichen Vertretern der Mittelparteien sowie mit General Schleicher über die beste Form verhandelt, um den Eintritt der Hitlerpartei in das Reichskabinett in allerdrückster Zeit zu vollziehen. Die Forderungen Hitlers lauteten: Frick wird Reichskanzler, Gregor Strasser Reichsinnenminister, ein weiterer Nationalsozialist oder ein der Hitlerpartei gehöriger Parteiloser (genannt werden Hessler und Schacht), erhält ein wirtschaftliches Ministerium, Brüning beschränkt sich auf das Außenministerium, Groener auf das Reichsministerium, die übrigen Mitglieder des Kabinetts mit Ausnahme von Ulrich, den Hitler nicht akzeptierte, bleiben im Amt. Außerdem sollten die Neuwahlen in Preußen beschleunigt werden und Hitlers Einbürgerung seine Kandidatur zum Reichspräsidenten ermöglichen. Der Standpunkt Brünings war in den Personalfragen zustimmend, ablehnend bezüglich des Zeitpunktes. Brüning will unter allen Umständen die neuen außenpolitischen Verhandlungen noch als Reichskanzler führen und sieht erst den Februar als den für die Aufnahme der Hitlerpartei geeigneten Zeitpunkt an. Außerdem besteht Brüning auf der Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident und verlangt von der Hitlerpartei eine bindende Zusicherung, daß sie sich für Hindenburg einsetze. Gerade dieser Punkt habe die Einigung verhindert. Hitler wolle nunmehr seine gesamten Forderungen durch einen Druck auf das Zentrum erzwingen, daher die neue scharfe Tonart seiner Presse und seiner Redner gegen das Zentrum. Es handelte sich dabei nur um ein taktisches Manöver.

Am 20. November, einen Tag nach der großen Hugenbergsdemonstration, veranstalteten die Nationalsozialisten eine Versammlung im Berliner Sportpalast, in der außerordentlich scharfe Aussfälle gegen das Zentrum laut wurden. Die beiden Redner Dr. Goebbels wie Stadtrat Esser führten das schwere Geschütz gegen das Zentrum auf. „Der Angriff“ erklärt hierzu, ihre Ausführungen befänden deswegen eine besondere Bedeutung, da „beide Redner sich neuerdings parteiamtlich nach vorausgegangenen Bevölkerungen mit dem Führer zu einer Reihe aktueller Themen äußerten“. Die Verhandlungen Hitlers mit Brüning fanden am 18. und 19. November, also am Mittwoch und Donnerstag, statt. Die Redner Dr. Goebbels und Esser im Sportpalast waren am Freitag, also unmittelbar nach Ablehnung der Hitlerschen Forderungen durch Brüning, erhalten worden. „Die Schwarze Front“ erklärt, daß sie für die oben wiedergegebene Meldung die Verantwortung übernehme und bei Ablehnung Münchens durch weitere Einzelheiten erhärten werde.

Was geht in Ungarn vor?

In Budapest waren am Sonnabend mittag Gerüchte verbreitet, es sei ein legitimistischer Putsch versucht worden, bei dessen Unterdrückung elf Offiziere verhaftet worden seien. Ein Communiqué der hauptstädtischen Polizei erklärt jedoch kategorisch, daß es sich lediglich um die Aufdeckung eines gemeinen Verbrechens handle, das nichts mit Politik zu tun habe. Gegenwärtig könnten keine näheren Mitteilungen gemacht werden. Die Blätter wissen über diese mysteriöse Angelegenheit nichts zu berichten, nur „A. Nemzet“ meint, daß es sich vielleicht um Organisationsversuche der sogenannten „Erwachsenen Ungarn“ handeln könnte.

Vollzugehen in Danzig.

Am Sonntag, dem 29. November, wurde in Danzig durch Anschlag eine Verordnung des Senats veröffentlicht, nach welcher die Listen für die Unterschriften der stimmberechtigten Bürger der freien Stadt für den Antrag auf Auflösung des gegenwärtigen Danziger Volkstages ausgelegt werden sollen. Dieser von den Kommunisten gestellte und von den Sozialdemokraten unterstützte Antrag muß mehr als 20 000 Unterschriften tragen, damit er Rechtskraft erlangt. Die Unterschriften sind in der Zeit vom 12. bis zum 19. Dezember niedergulegen.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ nehmen an, daß die erforderliche Zahl der Unterschriften erreicht werden und daß dann im weiteren Verfahren die Volkswahl in Anordnung gegeben werden wird, an der zu ihrer Gültigkeit die Hälfte der stimmberechtigten Bürger Danzigs teilnehmen muß, d. h. über 100 000 Personen. Sofern sich die Hälfte für den Antrag ausspricht (was nicht angenommen wird), muß der Danziger Volkstag aufgelöst werden.

Flandins Londoner Besuch.

London, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die privaten und geheimen Unterredungen zwischen dem französischen Finanzminister Flandin und dem englischen Außenminister Sir John Simon, dem Handelsminister Mannion und dem Schatzkanzler Sir Neville Chamberlain dauerten bis Mitternacht. Sie fanden, wie der „Daily Herald“ herausgefunden hat, in einem Zimmer im Hotel „Metropole“ statt.

Flandin unterrichtete, wie die „Times“ melden, die Vertreter der französischen Presse vor dem Essen dachten, daß sein Besuch rein privat (n) Natur sei. Er habe nicht die Absicht, Verhandlungen zu führen und werde auch nicht die Frage der englischen Goldtarife erörtern. Hinsichtlich der finanziellen Frage werde er sich auf eine Erklärung des französischen Standpunktes beschränken, wie er von dem Ministerpräsidenten Paval in der Kammerrede dargelegt worden sei. Die französische Regierung habe den Wunsch, mit der englischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Krise zu finden, die durch die deutsche Zahlungsunfähigkeit verursacht worden sei.

Nach der „Morningpost“ findet am heutigen Montag eine Kabinettssitzung statt, auf der die Ergebnisse der Verhandlungen erörtert werden sollen. „Daily Herald“ zufolge sollen die während des Wochenendes begonnenen Verhandlungen auf dem üblichen diplomatischen Wege fortgesetzt werden. Aber es sei wahrscheinlich, daß noch weitere Zusammenkünfte zwischen den verantwortlichen Ministern beider Nationen stattfinden würden. Die Londoner Presse rechnet fast durchweg damit, daß der französische Handelsminister Rollin schon in den nächsten Tagen nach London zur Erörterung der Gold- und Handelsvertragsfragen kommen wird.

Republik Polen.

Todesstrafe für Ukrainer.

Auf Donnerstag mittag wurde in dem seit dem 19. Oktober vor dem Lemberger Schwurgericht schwebenden Prozeß gegen 15 Mitglieder der ukrainischen Militärorganisation das Urteil gefällt, von denen einige unter der Anklage standen, einen Postwagen bei Bobrujka überfallen zu haben, wobei ein Polizist ermordet wurde. Ein Angeklagter wurde zu Tode, 11 Ukrainer zu Buchenhäfen von 6 Monaten bis zu 15 Jahren verurteilt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Deutsches Reich.

Wittmaack statt Leinert.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags hatte den Abgeordneten Wittmaack zum Präsidenten des Landtags als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels nominiert. Der Abgeordnete Wittmaack ist Stadtrat in Magdeburg und im Wahlkreis Magdeburg für die SPD gewählt. Er steht im 54. Lebensjahr und gehört dem preußischen Parlament seit 1919 an.

Am Freitag wurde Abg. Wittmaack mit 250 gegen 23 Stimmen, die auf den Kommunisten Kaiser entfielen, zum Landtagspräsidenten gewählt. 56 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten, 10 Stimmen waren zerstreut.

Severing gegen Winnig.

Der preußische Minister des Innern, Severing, hat gegen den früheren Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, August Winnig, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Aufsatz dazu gab ein Vortrag, den der ehemalige Sozialist Winnig auf einem nationalsozialistischen Schulungskursus in München gehalten hat.

Kleine Rundschau.

600 Indianer vom Schneesturm mit dem Tode bedroht.

London, 30. November. (Eigene Meldung.) Durch einen gewaltigen Schneesturm in der Gebirgswüste im Westen von Neu-Mexiko (U. S. A.) sind 600 Indianer eingeschlossen und in höchste Lebensgefahr geraten. Neun sind bereits gestorben. Rettungsmannschaften sind von Gallup in Marsch gesetzt worden.

Schwerer Nebel legt den Verkehr in England lahm.

London, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine dicke Nebelswand von der englischen Seeküste bis zur schottischen Grenze verursachte am Sonntag starke Verkehrsstörungen. In den Straßen Londons und in den Provinzstädten mußten der Straßenbahn- und Autobusverkehr völlig eingestellt werden. Bei Zusammenstößen wurden zahlreiche Personen verletzt. Hunderte von Kraftwagen stauten sich auf den Landstraßen. Sie blieben entweder liegen oder versuchten, sich ganz langsam den Weg durch den Nebel zu bahnen. Der Führer eines Überlandautobusses, der drei Stunden gebraucht hatte, um eine Strecke von neun Kilometern zurückzulegen, brach bei der Ankunft an seinem Bestimmungsort infolge der großen Anstrengungen bewußtlos zusammen. Auch der Eisenbahn- und Schiffsvorkehr war vielfach lahmgelegt.

O diese Zeit hat furchtbarliche Zeichen:
Das Niedre schwält, das Hohe sinkt sich nieder,
Als könnte jeder nur am Platz des andern
Besiedigung verworner Wünsche finden,
Nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr
Zu unterscheiden wäre, wenn wir alle,
Von Einem Strom vermischt dahingerissen,
Im Ozean uns unbemerkt verlören.
O! laßt uns widerstehen, laßt uns tapfer,
Was uns und unser Volk erhalten kann,
Mit doppelt neuvereinter Kraft erhalten!

Gesche

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 30. November.

Beständiges Frostwetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet beständiges Frostwetter an.

Enthüllung der Krieger-Gedenktafel in der Christuskirche.

Erster Advent Nachmittags um 5 Uhr. Die Glocken der evangelischen Christuskirche läden zur Totenfeier, zur Enthüllung einer Gedenktafel für die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder ihres Kreises ein. Das Gotteshaus ist dicht besetzt. Neben den noch nicht verdrängten Angehörigen ist eine große Trauergemeinde andächtig gesammelt. Das sind jetzt zwölf bis siebzehn Jahre her, seitdem die Todesnachricht aus dem Felde kam. Man wird das niemals vergessen. Uns will sogar scheinen, als ob in diesem ernsten Winter die Besinnung auf jene ferne Zeit und ihre Helden lebendiger geworden wäre. Das hat schon seinen Sinn.

„Gib dich zufrieden und sei stille!“ singt die Gemeinde. Das ist eine Mahnung, noch lange kein Zustand. Schon fällt der Chor ein:

„Herr, fern im Osten, da gähnt ein Grab,
Da senkt man zu Tausend die Toten hinab, für uns!
Im Westen da ragt manch Kreuz, schlicht und klein,
Da liegen sie stumm in langen Reih'n, für uns!
Und wo im Winde rauscht das Meer,
Da geben sie freudig ihr Leben her, für uns!
Sie opferten Zukunft und Jugendglück,
Sie kehrten nie wieder zur Heimat zurück.“

In einer Zwiesprache mit dem Geistlichen, der Worte des Leides und Trostes aus der Heiligen Schrift verliest, antwortet die Gemeinde mit Liedversen. Jetzt hält Pfarrer Wurmback schlüssig und ergriffen, wie es der Stunde gesieht, die Gedächtnisrede. Er führt uns an die fernern Gräber und deutet deren Sinn.

Dann wird unter großer Bewegung die Gedenktafel enthüllt. Ein in Eichenholz geschnitztes Monument in größten Ausmaßen, das den hohen Pfeiler gegenüber der Kanzel deckt und mit goldenen Buchstaben die Namen der gefallenen Brüder in langer Doppelreihe festhält. Das wertvolle Holz ist eine Stiftung des Bromberger Kaufmanns Arend, der Entwurf der sich trefflich in den Kirchenraum einfügenden mächtigen Volksaltafel und die wahrhaft künstlerische Ausführung ist unserem Mitbürger Dembel zu danken. Durch Spenden aus Gemeindekreisen wurde die in gleicher Weise schöne und würdige Arbeit möglich gemacht.

Während die Hölle fällt, blasen die Posaunen das Lied von Kriegers „Morgenrot“, und alle singen zwei Verse mit. Superintendent Ahmann übernimmt die Ehrentafel im Namen des Kirchenrats in das Eigentum der Gemeinde. Der Chor der Christuskirche unter der kundigen Hand von Herrn Lenkeit, krönt die Feier mit einer Motette von Nagler, in der Herr Sonnenberg fest und klar das Bariton-Solo, Kräuselein Blaau überaus fröhlich und wohlklingend den Einzel-Sovran singt. Der Chor selbst beginnt mit der Klage „Weil der Herr hat zertreten die Starken im Volk!“ — und endet mit der Verheißung: „Die Erlöseten des Herrn werden wiederkommen und gen Zion kommen mit Jauchzen!“

So löst sich aller Schmerz in Adventshoffnung auf. Das ist christlich gedacht, aber auch deutsch. Es sollte zugeleich sehr zeitgemäß sein. Und es wäre ein schöner Gedanke, wenn man den allgemeinen Gedenktag für die deutschen Kriegstoten, der noch immer keinen festen, überall anerkannten Platz im Kirchen- und Kalenderjahr erhalten hat, wenn man jenen Gedenktag wie diese erarbeitende Gedächtnisfeier in die Adventszeit einbauen würde.

§ 25. Jahrfeier der evangelischen Kirchengemeinde Prinzenthal. Am 1. Advent feierte die evangelische Kirchengemeinde Prinzenthal das 25jährige Bestehen ihrer Kirche. In dem schön geschmückten Gotteshause stand vormittags ein Festgottesdienst statt. Die Festpredigt hielt Superintendent Ahmann, der erst als Pastor in der neu errichteten Prinzenthaler Gemeinde den ersten Gottesdienst gehalten hatte, über Eb. 10, 19-25. Dankbare Erinnerung, ernste Mahnung und adventliches Hoffen sandten den Weg zu den Herzen der überaus zahlreich erschienenen Zuhörer.

Der Nachmittag vereinte noch einmal die Gemeinde zu einem dankbaren Rückblick auf die Zeit des Entstehens des Gotteshauses, den Pfarrer Sichtermann gab. Durch treffliche Darbietungen des Kirchenchores und des Krusdorfer Posauenseviers wurden die Feiern verschön. Manch freundlicher Gruß aus der Ferne erfreute die Prinzenthaler, besonders das Schreiben des ersten Pfarrers in Prinzenthal Karl Voetticher, der leider nicht persönlich erscheinen konnte. Dem Kirchenältesten Schlossermeister August Lawrenz wurde aus dem festlichen Anlaß in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in der Gemeinde eine Ehrenurkunde des Evangelischen Konsistoriums in Posen überreicht.

§ Schlesien-Propaganda. Der Westmarkenverein hat, um von seiner Existenz wieder einmal Beugnis zu geben, den Monat November zu einem Propaganda-Monat für Schlesien bestimmt. Auch in Bromberg hat man dieser Parole Folge geleistet, seit einiger Zeit hängen an den hiesigen Litzahäulen Plakate, die zur Propaganda für Schlesien auffordern. Für den gestrigen Sonntag war eine besondere Feier vorgesehen. In den Aufrufen an die Bürgerschaft, sich daran zu beteiligen, heißt es u. a.: „Das alte Piastenland, das trotz seiner 600jährigen Knechtschaft sein Volontum nicht verloren hat, das dank seiner ungeheuren Kohlensäger und dank seiner (in der Zeit dieser Knechtschaft!) Die Ned.) entwickelten Industrie die Grundlage des Wirtschaftslebens Polens bildet, verdient es, daß die ganze Nation immer seiner gedenke und es mit den wärmen Gefühlen umgehe. Der Monat der Schlesien-Propaganda hat die Aufgabe, die Aufmerksamkeit Polens auf dieses wichtige Teilstück zu lenken und gleichzeitig daran zu erinnern, daß Hundertausende unserer schlesischen Brüder noch immer ächzen unter dem Joch der fremden Übermacht.“ Für die Feier am gestrigen Sonntag war ein Programm aufgestellt mit Gottesdienst, Niederlegung eines Krans am Grabe des unbekannten Kriegers, Marsch zum Sienkiewicz-Denkmal, Festakt im Stadttheater usw. — Es scheint tatsächlich, als wenn wir keine anderen Sorgen hätten! Es scheint, als wenn gewisse Leute zwar ein Auge über Landesgrenzen hinaus hören, aber nicht das Stöhnen in ihrer nächsten Nähe. Wir haben etwa 15 000 Menschen in den Mauern unserer Stadt, die zwar nicht unter dem Joch der „Knechtschaft“, sondern unter dem der wirtschaftlichen Depression stöhnen. Die Arbeitslosigkeit wächst von Woche zu Woche. Das sollte unsere größte Sorge sein und dafür sollen wir Propaganda machen, daß diesen Armuten geholfen wird. Das ist wichtiger als aller Drang nach Westen, der sich durch derartige Propaganda-Monate bemerkbar macht.

S Wegen betrügerischen Bankerotts hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 59jährige Biegeliebhaber Josef Brok, sowie sein 30jähriger Sohn Boleslaw zu verantworten. Boleslaw B. ist bereits fünfmal wegen Betruges vorbestraft. Im Herbst 1928 erwarb B. sen. in Janowitz, Kreis Znin, eine Dampfziegelei für den Preis von 172 000 Zloty. Den Kaufpreis entrichtete B., wie er angibt, 100 000 Zloty in bar, den Rest in Wechseln. Als Besitzer der Ziegelei war sein minderjähriger Sohn Richard eingetragen. B. sen. figurierte nur als Bevollmächtigter seines Sohnes. Im Laufe eines Jahres führten Vater und Sohn die Ziegelei mit derartigem Erfolg, daß Ihnen die Schulden bis an den Hals stiegen. Als sie einsahen, daß es nicht mehr weiter ginge und ein Banferott unvermeidlich war, verkauften sie das tote und lebende Inventar zu Schleuderpreisen. Einem Landwirt verpachteten sie 60 Morgen Land, wofür die Angeklagten 4000 Zloty erhalten. Die Ziegelei wurde gleichfalls für 11 000 Zloty verpachtet. Für die maschinelle Einrichtung ließen sie sich 15 000 Zloty bezahlen, obwohl allein eine Maschine, wie die Angeklagten angeben, 29 000 Zloty kostet hätte. Als die Angeklagten endlich den Banferott erklärten, war für die zahlreichen Gläubiger auch nicht ein Groschen übrig geblieben. Allein die Steuern überstiegen weit den Betrag von 10 000 Zloty. Die Hypothekengläubiger, die auf der Ziegelei mit 112 000 Zloty Hypotheken eingetragen waren, brachten die Ziegelei an sich. B. sen. verteidigte sich vor Gericht damit, daß er den Kaufpreis für die Ziegelei weit überzahlt habe; auch konnte er infolge des schlechten Lehmbodens nicht annähernd diejenige Menge Ziegel brennen, die ihm vom Vorbesitzer genannt wurden. Er, der Angeklagte, wäre auch stets fränklich gewesen, weshalb zum großen Teil die Führung des Ziegeleibetriebes in den Händen seines Sohnes Boleslaw ruhte. Die Geschäftsbücher waren, wie der vereidigte Bücherrevisor in seinem Gutachten erklärte, überhaupt nicht ordnungsgemäß geführt worden. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis. Josef B. erhält dreijährigen Strafausschluß.

S Wegen Körperverletzung hatten sich vor dem Bezirksgericht Michael, Józef, Franz, Katharina und Anton Pawlaczek aus Stolenschin (Stoleczyn), Kreis Wongrowitz, zu verantworten. Am 25. Februar kam es zwischen den Angeklagten und dem Nebenkläger Wladyslaw Michalka zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf sämtliche Familienmitglieder mit Stöcken, Besen und Holzpfannen über M. herfielen. Die Angeklagten verteidigen sich vor Gericht damit, sie hätten sich vor den Schlägen des M. nur „ein wenig“ gewehrt. Durch die Zeugenaussagen konnte jedoch nachgewiesen werden, daß sie der angreifende Teil waren. Das Gericht verurteilte Michael und Józef B. zu je 50, die übrigen zu je 30 Zloty Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten.

S Ein Freispruch. Der Besitzer einer 120 Morgen großen Landwirtschaft, Paul Okolski aus Woszoch, Kr. Schubin, hatte sich wegen Brandstiftung zu verantworten. Am 2. Januar d. J. brannte die Scheune des Wirtes nieder, die mit 18 000 Zloty verhürt war. Durch das Feuer wurden sämtliche Erntevorräte und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet. Unter den Dorfbewohnern tauchte bald das Gericht auf, das O. um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen, daß Feuer selbst angelegt hatte. Einige wollten ihn in den Abendstunden aus der Scheune kommen gesehen haben, in der er zuvor mit einer brennenden Lampe hantiert habe. Vor Gericht können sich die Zeugen jedoch an nichts erinnern, auch reichen die von der Polizei gemachten Angaben nicht aus, um O. zu verurteilen. Das Gericht sprach den Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei.

S Nichts vorwegnehmen! So sehr es zu begrüßen ist, daß mancherlei Adventssitten sich immer mehr einbürgern, so muß doch auch vermieden werden, daß die Adventsester etwas von der eigentlichen Weihnachtsfeier vorwegnehmen. Advent ist nun einmal Erwartung und Vorbereitung, Advent zeigt erst schein und schlägt das Licht, das zu Weihnachten im vollen Glanze erstrahlt. Diesen Glanz soll das Weihnachtsfest nicht einblühen und verlieren, sondern die Adventszeit soll es noch erhöhen und vertiefen.

S Einen Selbstmordversuch unternahm am Sonnabend eine weibliche Person, indem sie Essigessenz zu sich nahm. Die Lebensmüde wurde mit dem Rettungswagen in das St. Florianskloster gebracht. Man hofft, sie am Leben zu erhalten.

S Gestohlene wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Bedrohung mit einer Schußwaffe, eine Person wegen Diebstahls, eine wegen Beträufel und eine Person wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen 2c.

19. Ausstellung „Häusliche Kunst“. Die Eröffnung mit Teeabend findet morgen 4½ Uhr im Civillustroß statt, worauf nochmals empfehlend hingewiesen wird. (10877)

Vortragsabend des Herrn von Oyen, Berlin, 8 Uhr abends, im Saale Fischerstraße (Marcinkowskiego) 8. Thema: „Versöhnung“. Siehe Anzeige.

■ Crone (Koronowo), 27. November. Einbrecher versuchten bei dem Gastwirte Drewse in Budzyn in den Laden zu gelangen. Ihr Vorhaben mißlang aber.

v. Argenau (Gnierekow), 28. November. Der heutige Wochenmarkt war gut besucht und von den Landleuten rechtlich besichtigt. Butter kostete 1,50—1,70 und Eier 2,40—2,60.

— In Hochdorf wurde eine Scheune der Besitzerin Josefa Mikolajczak durch Feuer vernichtet. Da die Einwohnerin die Gebäude auch während der Nacht offen ließ, fand sich stets umherziehendes Volk ein, das hier eine gute Übernachtungsstätte fand. Man wird daher in der Annahme nicht schwanken, daß das Feuer durch Unvorsichtigkeit der Bagabuden entstanden ist. Die Scheune war nur mit 900 Zloty versichert, während man den Brandschaden auf 5000 Zloty schätzt. — Am vergangenen Montag stieß ein Streifenläufer auf dem Schienenstrang in der Nähe des Bahnhofs Goncupia auf eine Frau leiche. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß es sich um die 27jährige Landwirtstochter Ida Hübler handelt, die am Sonntag nachmittag ohne Angabe des Ziels das Haus verlassen hatte. Sie ist auf der Bahnstrecke entlang gegangen, und anscheinend von einem Zug erfaßt worden.

■ Pudewitz (Pobiedziska), 28. November. Dem Landwirt Rose in Wagomo hiesigen Kreises wurden aus dem verschlossenen Stall 22 Hühner, 2 Hähne und 8 fette Enten gestohlen.

z Innowroclaw, 29. November. Antisemitische Steinwerfer. Vor einiger Zeit wurde in der ulica Kilińska 6 eine jüdische Speisewirtschaft errichtet. Kurz nach Eröffnung wurde das große Schaufenster mit einem Feldstein zertrümmert, ohne daß es bis heute gelungen wäre, den Täter zu ermitteln. Der Besitzer des Lokals hatte nun vor kurzer Zeit die Scheibe erneut zertrümmert. — Unbekannte Diebe erbrachen die Wohnung des hiesigen Einwohners Ludwig Wisniowski, ul. Dworcowa 18, und entwendeten daraus Messer, Gabeln und verschiedene Geschirr im Werte von 180 Zloty. — Durch das hiesige Polizeialto wurde am Freitag auf der Chaussee nach Szczytno eine Frau angefahren. Sie wurde sofort in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht.

■ Mrosczen (Mrocza), 28. November. Feuer vernichtete in Grünhausen (Ostrowo) bei dem Besitzer Michael Wigalke einen Roggenstaken.

* Rogowo, Kreis Znin, 25. November. Eine Aufsehenerregende Verhaftung konnte von der hiesigen Polizei durchgeführt werden. Schon längere Zeit wurde ein Mann beobachtet, der sich mehr leistete, als seine Verhältnisse es erlaubten. Bei einer gründlichen Durchsuchung seiner Wohnung wurden 6000 Zloty Bargeld, eine große Menge Briefmarken und Zigaretten gefunden. Wahrscheinlich stammen die Briefmarken aus Warschau, wo vor kurzer Zeit in einer Post eingebrochen worden waren. Es ist anzunehmen, daß noch mehrere Personen hierbei beteiligt sind. Es scheinen mehr Moritzauer Diebe zu sein, die ihr Lager hier aufgeschlagen haben. Die polizeilichen Untersuchungen werden weitergeführt.

wi. Moschin (Mosina), 30. November. Am Sonnabend, 28. d. M., stand im Kochmannschen Gasthouse von Krosno Hauland (Krosno), Kreis Schrimm, eine Landwirtschaftliche Sitzung statt, in der Dipl.-Landwirt Wilmann einen aus der Praxis heraus hochinteressanten Vortrag über: „Wie kann der Landwirt auch unter den heutigen Verhältnissen noch einigermaßen rentabel wirtschaften“ hielt. Der Vorsitzende Herr von Lehmann-Nitsche brachte die im Vortrag erwähnten vielen wichtigen Kernpunkte unter den anwesenden Mitgliedern zu einer längeren Aussprache.

wi. Gnesen (Gniezno), 28. November. Am Freitag, 27. d. M., hielt der Gnesener Landw. Kreisverein unter Leitung des Mittergutsbesitzers Górecki - Strzchno eine von etwa siebzig Mitgliedern besuchte Sitzung ab. Nachdem der Vorsitzende allgemein über die jetzige Wirtschaftslage, besonders die Konjunktur und über Arbeiterfragen gesprochen hatte, hielt als erster Niedner Hauptgeschäftsführer Krafft - Posen einen eindrucksvollen Vortrag über die jetzige Lage der Landwirtschaft. Alsdann sprach Dipl.-Landwirt Binder - Koaminie über das Thema „Fütterungsfragen unter Berücksichtigung wirtschaftsgegenwärtiger Futter“.

Beide Referaten folgten recht anregende Aussprachen. Zum Schlus sprach der Geschäftsführer der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, Herr von Hertell, über zeitgemäße Versichern gegen Feuer, über Mieten- und sonstige Rechtsfragen. Allen Versammlungsteilnehmern wurde wieder einmal so recht klar, daß heute mehr denn je das Landwirtschaftliche Vereinsleben im Rahmen der Westpolnischen Landw. Gesellschaft zum Arbeits- und Gemütsleben der Landwirte eine wichtige, mitentscheidende Rolle spielt.

Mache hiermit bekannt, daß ich zum Kreisinspektor für Stadt und Land Bydgoszcz des Krajowego Urzędu na Gospodarkę i Przemysł w Bydgoszczy (Kreisamt für Wirtschaft und Industrie, Feuerver sicherung und Landeslebensversicherung) ernannt worden bin. Nähere Auskünfte in meinem Bureau, Bydgoszcz, ulicę Grodzka 8, Tel. 225. Jan Baraniak. Siehe auch Anzeige. (10829)

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 30. November 1931.

Arakau + 2,49, Rawiczost + 1,70, Warischau + 1,51, Bieck + 1,20, Thorn + 1,35, Tordom + 1,55, Culm + 1,48, Graudenz + 1,70, Kurzbrzez + 2,00, Biele + 1,33, Dirschau + 1,50, Einlage + 2,32, Schwedenshorst + 2,42.

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Geyke; für Anzeigen und Bekanntes Edmund Przygocki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausrund“ Nr. 277

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 48.

Bromberg, Dienstag den 1. Dezember 1931.

Pommerellen.

30. November.

Graudenz (Grudziadz).

Gerüchten über eine Aufhebung bzw. Terminverlegung der Kummernlaternen-Verordnung, die in der Stadt verbreitet waren, tritt der Magistrat mit einer Veröffentlichung entgegen. Danach ist an dem bisherigen Zustande betr. die Anbringung der Laternen nichts geändert worden. In nächster Zeit wird der Magistrat eine Kontrolle der einzelnen Häuser vornehmen, um festzustellen, ob der Anordnung in Sachen der Orientierungslaternen Folge geleistet worden ist.

Strahlenunfall. Von einer Autodroschke wurde Freitag in der Lindenstraße (Lipowa) der zehnjährige Sohn Lejzek des Taxisfahrers (Kosciuszki) 60 wohnhaften Gerichtsvollziehers Małkowksi erfasst und zur Seite geschleudert. Dabei erlitt der Knabe einen Beinbruch. Er wurde von dem gleichen Auto ins Krankenhaus gebracht.

Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte gute Besuchung, doch der Geschäftsgang war sehr träge. Butter kostete 1,60 bis 1,90, Eier 2,40—2,70, Weißfäse 0,20—0,50, Apfel 0,20—0,50, Birnen 0,25—0,35, Weißkohl 0,05; Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,25, Grünkohl 0,15, Blumenkohl 0,20—0,60, Spinat 0,30, Erbsen 0,30—0,35, Bohnen 0,30—0,40, Kartoffeln pro Kgr. 3—3,50, Gänse pro Stück 6—10,00, Enten 3—5,00, Puten 5—7,00, Tauben 1,50—1,60 pro Paar, Hühner 3—4,00, Hasen 4,50—5,00. Der Fischmarkt brachte Nale zu 2—2,20, Hechte 1,30—1,40, Bressen 1—1,20, Karauschen 0,80—1,00, Kaulbarsche 0,50—0,60, Plöze 0,40—0,50, Stinte 3 Psd. 1,00.

Blauen Dunst vorgemacht hat Jan Zygmunt aus Potok, Woj. Lublin, über den in Nr. 274 der "Deutschen Rundschau" gemeldet wurde, daß er mittels narkotisierender Zigaretten im Zuge von Thorn nach Graudenz um erhebliche Geldbeträge bestohlen worden sei. Seine ganze Erzählung, mit der er die Polizei zu täuschen vermochte, war aufgelegter Schwindel. Die Polizei hat jetzt nämlich ermittelt, daß J. um von sich selbst die Aufmerksamkeit abzulenken, das Verabungsmärchen aufstiftete.

Mit einem Handwagen zum Kohlestandstahl waren Freitag abend mehrere Männer nach dem Bahnhof gezogen. Als sie mit etwa vier Zentnern davongetragen waren, trafen Polizeibeamte die unberechtigten Transporteure. Da gaben die Diebe Fersengeld und verschwanden.

Abzuholende Fahrräder. Auf der Kriminalpolizei, Kirchenstraße (Kościelna), befinden sich mehrere, wahrscheinlich aus Diebstählen herrührende Fahrräder. Sie sind zum Teil auseinandergekommen. Personen, denen Fahrräder entwendet worden sind, können sich auf der genannten Börde, Zimmer Nr. 14, melden.

Wessen Eigentum? In der Lindenstraße (Lipowa), und zwar an der Ecke der Kasernenstraße (Koszarowa), hat ein Schuhmann einen Handwagen mit zwei eisernen Rädern gefunden. Der Beamte ließ ihn bei J. Soltykow, Kasernenstraße 1, einstellen, woselbst sich der Eigentümer melden kann.

Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 33 Centimeter. Der Thorner Pegel stand Sonnabend früh auf 1,86 Meter über Normal.

Von der Straßenbahn übersfahren wurde am Freitag nachmittag auf der Culmer Chaussee (Chmińska Szosa) die in Weishof wohnhafte, 22 Jahre alte Josefa Krüger. Das Opfer des Unfalls, das allgemeine Quetschungen davongetragen hatte, wurde mittels Unfallwagen nach dem Stadtkrankenhaus gebracht.

Einem tragischen Unglücksfall fiel der in Posen zum Studium weilende Sohn des Kammerherrn Adam Czajkowski aus Borkowice, Kreis Thorn, zum Opfer. Als er seinen Kollegen in seiner Wohnung einen neu erworbene Browning zeigen wollte, entlud sich plötzlich die Waffe. Die Kugel drang ihm durch die Brust und brachte ihm eine tödliche Verwundung bei, die den baldigen Tod zur Folge hatte. Die Leiche des Verstorbenen wurde nach Borkowice überführt, wo sie am Montag beigesetzt wird.

Der Polizeibericht vom Freitag meldet einen Einbruchsdiebstahl. Zur Protokollierung gelangten acht Übertritte polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ein Verstoß gegen die Meldeordnung und eine bzw. zwei Zuiderhandlungen gegen handels-administrative Bestimmungen und gegen das Eisenbahnreglement. Festgenommen wurde ein Mann unter dem Verdacht, verschiedene Diebstähle in der Stadt auf dem Gewissen zu haben, ferner eine Frauensperson ohne ständigen Wohnsitz wegen Herumtreibens und ein Mann wegen Trunkenheit.

Aus dem Landkreise Thorn, 28. November. Ein Schwein gestohlen wurde dem Landwirt Mateusz Osiomski in Luskau (Luskowic) aus dem unverschlossenen Stall. Das Vieh wog etwa zwei Zentner und hatte einen Wert von 30 Złoty. Die Diebe ließen sich die Zeit, es an Ort und Stelle zu schlachten und auszuweiden. Die Polizei sahntet nach ihnen.

ch. Konitz (Chojnice), 29. November. Wegen Einbruchsdiebstahls hatte sich der vorbestrafte Anton Bendorowski aus Mlawa vor Gericht zu verantworten. Mit J. steht Hedwig Napajuska von hier wegen Habserei vor Gericht. J. war in Abban Bempelburg bei dem Landwirt Bempel eingebrochen und hatte Wäsche und wertvolle Bekleidungsstücke gestohlen. In der Wohnung der zweiten Angeklagten wurde J. dann verhaftet. Das Gericht verurteilte den Dieb zu einem Jahr Buchthaus, die zweite Angeklagte zu einem Monat Gefängnis. In Lipina hiesigen Kreises stahlen bisher unbekannte Diebe 15 Gänse.

a. Schwecz (Swiecie), 28. November. Am Montag, 7. Dezember, findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt. — Am 26. d. M. brach eine unbekannte Frau auf dem großen Marktplatz zusammen. Sie wurde ins Spital gebracht, wo

sie die Bestinnung noch nicht wieder erlangt hat. Da sie keine Papiere bei sich hatte, konnte Name und Wohnort nicht festgestellt werden. — In Alt Marsau hiesigen Kreises wurden in einer Nacht der Frau Anna Matkowska 80 Hühner und einepute gestohlen. — In Krusze wurden dem Landwirt Aleksander Krucz 15 Hühner aus dem Stall gestohlen. — In Nieder-Gruppe wurden dem Landwirt Richard Klim 30 Hühner gestohlen. — Diebe sind bei dem Landwirt Oskar Heinze in Ostiek in die Scheune eingebrochen und haben eine Hähnchenmaschine im Werte von 250 Złoty gestohlen. — Der heutige Wochenmarkt war sehr reichlich beliebt, auch war der Verkehr sehr rege. Es wurde für Butter 1,80—2,00 pro Pfund gezahlt, für Eier 2,50 pro Kilo.

Gempelburg (Sepolno), 28. November. Einen Selbstmordversuch unternahm der Bursche eines hiesigen Hauptmanns. Während der Abwesenheit seines Vorgesetzten war der Bursche mit dem Reinigen der Waffen des Offiziers beschäftigt, wobei er das Unglück hatte, den Schaft eines Karabiners zu zerbrechen. Aus Furcht vor Strafe schoss er sich, nachdem er auf einem hinterlassenen Zettel die Gründe seines Selbstmordes angegeben hatte, mit einem Dienstrevolver in die vorher entblößte Brust oberhalb des Herzens. Der Schwerverletzte wurde bald darauf in das Garnisonslazarett nach Thorn geschafft. — In dem Dorfe Obkas hat eine 45jährige Frau durch Erhängen Selbstmord verübt. Da die Selbstmörderin seit einiger Zeit Anzeichen von Geistesstörung gezeigt hatte, hat sie die Tat vermutlich in einem solchen Anfall begangen. — Auf der am 27. d. M. von der Oberförsterei Klein-Lutan im Hotel Polonia veranstalteten Holzversteigerung wurden für Brennholz aus den Revieren: Neuhof, Lutan, Emmichswalde und Swidwie folgende Preise gezahlt: Birkenholz 9,00, Eichenholz 10,00, Kiefernholz 9,00, Erlenholz 9,00, Eppenholz 6,00, Eichenknüppel 8—9,00, Erlenknüppel und Eppenknüppel 6,00. Bei mäßigem Besuch wurde das Holz zum Tagpreise abgegeben.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Weil der Mann Brot gestohlen hat,

ging sie in den Tod.

In Biala Podlaska bei Lublin erhängte sich aus Verzweiflung die Frau Anna Buniakowska. Die junge Frau war seit kurzem verheiratet. Da sie und ihr Mann tot litten, hatte sich letzterer zu einem Brotdiebstahl verleiten lassen, wofür er zu drei Monaten Haft verurteilt wurde. Die Frau konnte diese Schmach nicht überleben, weshalb sie in den Tod ging.

Alexandrowo, 28. November. Im Februar vorigen Jahres wurden in dem hiesigen Postamt große Unterschlagungen festgestellt. Der Postamtsleiter und der Kassierer wurden verhaftet. Letzt. fand im Bezirksgericht in Włodawa die Gerichtsverhandlung statt. Der ehemalige Vorsteher des Postamtes, Buchora, wurde zu 18 Monaten, und der ehemalige Kassierer Kielis zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt.

Giedocinek, 28. November. Diebe entwendeten dem Fleischermeister Wilhelm Keller aus der Brieftasche 1500 Złoty. — Als der Windmüller Friedrich Pankraz in einer der vorigen Nächte auf seiner Mühle beschäftigt war, wurde an die Tür geklopft. Als der Müller öffnete, traten mehrere Männer ein, die dem Öffnenden einen Revolver vorhielten und von ihm Mehl verlangten. Etwa zwei Doppelzentner Mehl nahmen die Räuber mit und verschwanden im Dunkel der Nacht. Kurz darauf räumten Diebe Pankraz die Wohnung aus. Schuhe, Kleider, Wäsche und 80 Złoty in bar war dieses Mal ihre Beute. In beiden Fällen sind die nächtlichen Besucher unerkannt entkommen.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 2. Dezember.

Königs Wusterhausen.

03.30: Gymnastik. 06.45: Konzert. 09.35: Anleitung zu Abschaffung von Schriftstücken. 11.30: Marien- und Abhaßfragen. Ca. 12.05, 14.00: Schallplatten. 15.00: Mußsal. Bilderbogen. 15.45: Tafelmusik zur Weihnachtszeit. 16.20: Konzert. 17.30: Fr. Liszt. 18.00: Neue Romane. 18.30: 1931, ein Jubiläumsjahr d. Geistes. 19.30: Bedeutung der kurfürstlichen Verschuldung Deutschlands. 20.00: "Prinz Friedrich von Homburg". Ca. 22.45: Tanz.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Schallplatten. 10.00: Schulfunk: Stadtverwaltung in Vergangenheit und Gegenwart. 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplatten. 15.20: Jugendstunde. 16.25: Von Gleiwitz: Klaviermusik. Erwin Bartók. 17.00: Von Gleiwitz: Das Buch des Tages. 17.45: Unterhaltungsmusik. 19.10: Kammermusik mit Blasinstrumenten. 20.00: Von Gleiwitz: Leo Weismantel liest. 20.30: 700 Jahre deutsches Studententum. Franz Baumann singt. 22.30: Warum Kunst? 22.30—24.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

14.30: Schallplatten. 15.50 und 16.40: Schallplatten. 15.20: Börse. 16.20: Die illegale Preise im alten Polen. 17.35: Leichte Musik. 19.30 und 20.10: Schallpl. 20.00: Von Lemberg: Musicalisches Feuerwerk. 20.15: Von Lemberg: Kammermusik. 23.00: Leichte Musik und Tanzmusik.

Donnerstag, den 3. Dezember.

Königs Wusterhausen.

06.45: Konzert. 10.10: Schulfunk. ca. 12.05, 14.00: Schallplatten. 15.00: "Wir spielen heute Kunterbunt". 15.45: Adventslegenden. 16.30: Konzert. 17.30: 10 Jahre als Deutscher auf Sumatra. 18.00: Bilder Ägyptens (III). 18.25: Spanisch. 18.45: Tunktechnik. 19.00: Sbd. d. Landwirts. 19.30: Tanz. 20.55: Geburtstagsrundgang und Lebensgeschichte des deutschen Volkes. 21.35: "Advent". 22.30: Beim Kölner Schlagzeuger.

Bei Kopf-, Lenden- und Schulterhernien, Nervenschmerzen, Hüftschw. Hexenschuß wird das natürliche "Franz-Josef"-Bitterwasser mit großem Nutzen für die tägliche Reinigung des Verdauungskanals angewendet. In Apoth. u. Drogh. erhältl. (10728)

Breslau-Gleiwitz.

06.30: Gymnastik. 06.45, 11.35, 13.10: Schallplatten. 09.00: Schulfunk. 12.10: 10.00: Was der Landwirt wissen muss. 15.25: Kinderfunk. 15.50: Buch des Tages. 16.05: Konzert. 16.50: Deutsche und slawische Volkslieder. 17.15: Musik im Jahre 2000. 17.45: Das wird Sie interessieren. 18.35: Wirtschaftsfestivals in Indien. 19.00, 19.20: Tanz. 21.25: "Advent". 22.00: Die dieswinternlichen Sportveranstaltungen. 22.40: Barbaraseier.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Schallplatten. 12.00—12.55: Königsberg: Schallplatten. 12.50, 16.30: Danzig: Schallplatten. 13.05: Von Danzig: Unterhaltungsmusik. 15.45: Jugendstunde. 16.15: Unterhaltungsmusik. 17.45: Büchergilde. 18.30: Landwirtschaftsfunk. Dringliche Fragen zur ländlichen Siedlung. 20.00: Aus dem Dernhaus Königsberg: "Neues vom Tage", Oper in 3 Teilen (10 Bilder), Text von Marcelius Schiffer, Musik von Paul Hindemith.

Warschau.

12.35: IX. Konzert für die Schuljugend. Italienische Musik. 14.30, 16.40 und 19.30: Schallplatten. 17.35: Kammermusik. Das Warschauer Streichquartett. Szymanowska, Sopran; Rosenbaum, Klavier. 20.15: Leichte Musik. 22.30: Leichte Musik und Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muss jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

A. D. Sie könnten höchstens 1 Prozent Zinsen mehr erhalten, denn 10 Prozent machen die gesetzlichen Zinsen aus. Wenn Sie die Firma wegen des rückständigen Gehalts verklagen, können Sie dabei auch auf die Verzugszinsen, d. h. die gesetzlichen Anspruch erheben und das sind, wie gesagt, 10 Prozent.

N. S. V. B. Toruño 101. Wir glauben nicht, daß Sie den Mieter im April ermitteln können, denn er wird sich vermutlich darauf berufen, daß er seinen Mietverpflichtungen nachgekommen ist. Wenn die Wohnung vor dem Krieg jährlich 60 Mark das ist monatlich 5,00 Mark kostet hat, so kostet sie jetzt gesetzlich 8,76 Zł. Wenn der Mieter Ihnen monatlich 12 Złoty gibt, so wird er mit einem Recht sagen dürfen, daß er Abmähen des Roggens unterliegen durfte, da er Ihnen als Ertrag für seine Mäherpflicht eine entsprechend höhere Miete gezahlt habe.

Schienenzapp. 1. Ob die neuen Besitzer, von denen Sie reden, sich weigern oder nicht weigern, den Langgraben zu reinigen, ist völlig gleichgültig. Nicht diese Besitzer haben sich in dieser Sache zu äußern sondern die Gemeinde, durch die die Reinigung bisher erfolgte, und die fraglichen Besitzer sind nicht identisch mit der Gemeinde. Wenn Sie also an der Sache interessiert sind, müssen Sie die Frage an die Gemeinde stellen und von dort die Antwort einfordern. Wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß die Reinigung des fraglichen Grabens bereits vor 1870 durch die Gemeinde erfolgt ist, so haben die Interessenten ein Recht darauf erworben, daß die Gemeinde den Graben weiter reinigt. 2. Ob der Lehrer zur Ausstellung eines Urkunden des Zeugnisses verpflichtet ist, erscheint uns zweifelhaft; deshalb erscheint uns der Weg friedlicher Verständigung praktischer als der der Klage. 3. Das Testament ist auch heute noch gültig. 4. Auch wir sind der Ansicht, daß es sich um eine und dieselbe Sache handelt, ob man sie nun Kriegs- oder Vorkriegsrente nennt. Unserer Ansicht nach haben Sie nur auf eines davon Anspruch. Wenden Sie sich doch zur Auflösung der Sache an das hiesige Starostwo. Am besten ist es, Sie gehen persönlich hin, da brauchen Sie niemanden, der Ihnen diese Sache "bearbeitet".

Graudenz.

Meiner werten Kundschaft der Stadt Grudziadz und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein

Kaffee- und Konfitürengeschäft

von der ul. Dluga, Ecke Starorynkowa

nach dem früheren Kaffeeegeschäft der Fa. Hanka

Toruńska 4 verlegt habe.

Empföhle daselbst stets frischgebrannten Kaffee,

erstklassige Konfitüren und Schokoladen.

Hochachtungsvoll

Eleonore Krolkiewicz.

Meine werten Kundschaft der Stadt Grudziadz und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein

Kaffee- und Konfitürengeschäft

von der ul. Dluga, Ecke Starorynkowa

nach dem früheren Kaffeeegeschäft der Fa. Hanka

Toruńska 4 verlegt habe.

Empföhle daselbst stets frischgebrannten Kaffee,

erstklassige Konfitüren und Schokoladen.

Hochachtungsvoll

Eleonore Krolkiewicz.

Deutsche Bücherei
Graudenz.

Ausleihzeiten:

Montag, Mittwoch, Freitag von

12—13 und 16—18½ Uhr,

für Landeser täglich von 1/9—

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenspiegel der Woche.

Die Weltbörsen haben eine bewegte Woche überstanden. Die Schwankungen und die daraus sich ergebenden Unsicherheiten sind aber noch nicht überwunden, sie ziehen in die neue Woche ein. Wieder stand das englische Pfund im Mittelpunkt des Weltinteresses. Sein plötzliches Absinken im Laufe dieser Woche ist aber nicht die Folge einer natürlichen Entwicklung der handelspolitischen Maßnahmen Englands und deren Bedeutung für die finanzielle Lage des englischen Weltreiches, sondern vielmehr ein Vorläufer für jene Kämpfe, die England in handelspolitischer und politischer Hinsicht (die kommende Reparations- und Tributkonferenz am 7. Dezember) wird durchhalten müssen. Frankreich baut vor, es hat in der Zeit nach Versailles schon oft erleben müssen, daß England die gut ausgestalteten Pläne einer Konferenz abgelehnt hat. Niemals aber hat Frankreich eine so starke Einflussmöglichkeit auf finanzielle Dinge Englands gehabt, wie gerade jetzt. Und dieser Triumph wird ausgenutzt werden, gewiß mit einem Gefühl der Befriedigung, wie es nur den französischen Machthabern eignet.

Schon jetzt bereitet Frankreich eine Schwächung des Pfunds vor, um die englischen Kräfte für Aufgaben anderer Art möglichst lärmzulegen. Die Weltbörsen notierten zu Beginn der Berichtswoche das Pfund in guter und behaupteter Haltung. In den Spätnotierungsstunden des 23. November setzte plötzlich die Reaktion ein. Die Abschwächung setzte sich bis zum 27. November fort. Der Pfundkurs sank zum Dollar von 8,65 auf 8,58 $\frac{1}{2}$ und 8,57 $\frac{1}{2}$, gegenüber der deutschen Mark von 15,43 $\frac{1}{2}$, auf 15,12 $\frac{1}{2}$ und 15,06 $\frac{1}{2}$. Das ist der tiefste Punkt, den das Pfund seit der Abreise von der Goldparität erreicht hat. Paris lebte durch größere Dollarverkäufe über London einen starken Druck auf das Pfund aus. Die Dolarreindeckungen erklären sich aus großen französischen und Deutschen auf das Pfund ist auch durch die Ankündigungen. Der Druck auf das Pfund ist auch durch die Ankündigungen weiterer Goldmaßnahmen Englands hervorgerufen worden, wodurch der französische und holländische Außenhandel besonders betroffen werden. Man schrift daher von Seiten der Exportbanken zu größeren Pfundverkäufen.

Hinzu kam noch die große außenpolitische Aktion Laval's, die in englischen Börsenkreisen deprimierend gewirkt hat. Der schwache Sterlingkurs wird dadurch noch weiter ungünstig beeinflußt. Die Nervosität äußerte sich in einer Fortsetzung großer Sterlingsverkäufe. Paris suchte seine Verkäufe zu verschleieren. Die Schwierigkeiten scheinen sich zusammenzuziehen angesichts der Tatsache, daß die Bank von England zur Rückzahlung ihrer restlichen Kredite im Januar verpflichtet ist. Die Bank von England arbeitet mit allen Kräften den Gefahren entgegen, die sich sehr leicht aus dem Pfundsturz ergeben können. Anzeichen einer inflationistischen Tendenz sind nicht vorhanden, die Bank von England lehnt es ab, den Geldmarkt mit Wochenkrediten zu unterstützen. Sie muß aber darauf achten, die Fühlung mit dem Geldmarkt nicht ganz zu verlieren. Man glaubt daher in London, daß es zu einer Diskontierung kommen wird.

Das Pfund lag in London am Wochenschluß gegenüber dem Dollar 8,57 $\frac{1}{2}$, gegen den Frank 91,81 $\frac{1}{2}$, gegen Holland 8,90 $\frac{1}{2}$, den Reichsmark 15,06 $\frac{1}{2}$, und dem Zloty 33,00 gegenüber. Die siebenprozentige Davies-Anleihe gab auf 68 $\frac{1}{2}$, die 6 $\frac{1}{2}$ prozent. Young-Anleihe auf 50 $\frac{1}{2}$ nach.

An der Pariser Börse setzte sich die seit längerer Zeit andauernde Abwärtsbewegung fort. Die Abwärtsbewegung machte sich besonders am Markt der Werte geltend. Selbst die Werte der Bank von Frankreich verloren über 200 Punkte und erreichten den Notierungstand von kaum mehr als 11.000 Punkten. Das Pfund notierte am Wochenende 91,80, der Dollar blieb unverändert mit 23,54.

An den deutschen Börsen, mit Berlin an der Spitze, blieben die Niede Laval's und die innerpolitischen Vorgänge in Polen nicht ohne Einfluß. Das Angebot an den Märkten wurde wesentlich stärker, es machte sich eine ausgesprochene Neigung zur Realisierung bemerkbar. Die Devisentarife auf London sanken auf 15,07, der Dollar blieb unverändert bei 4,21–4,22, Holland notierte 109, Zürich lag bei 81,00 fest, der Zloty wurde mit 47,25–47,45 genommen.

In Warschau kam die Abwärtsbewegung im Spiegelbild der Pariser Börse zum Ausdruck. London ließ stark nach, das Pfund war angesichts der immer schwieriger werdenden Exportverhältnisse nach England nur schwach gefragt. Paris lag fest und neigte sogar zur Erhöhung. Im Verkehr der Großbanken wurde die Reichsmark mit 211–212 gehandelt. Am Privatmarkt kommt der Goldruble wieder stärker und begehrter zum Vorschein. Fest verzinsliche Werte und Aktien blieben so gut wie bewegungslos. Sprosz. Pfandbriefe der Agrarbank notierten 94,00, 7prozent. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank 94,00, 7prozent. der gleichen Bank 88,25, Bank Polnische Aktien notierten 110,00.

Streit um die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Im Zusammenhang mit den geplanten zwangswise Standardisierung sämtlicher landwirtschaftlichen Erzeugnisse Polens sind schon jetzt heftige Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landwirtschaft und dem Handel entstanden. Während die Landwirtschaft verlangt, daß die Aufsicht über die Standardisierung beim Landwirtschaftsministerium liegt, fordern die Handelskreise die Übertragung der Aufsicht an das Industries- und Handelsministerium. Um gegenwärtigen Standpunkt zu richten, kann nichts bestimmt werden, welches der beiden Ministerien in Frage kommen wird. Jedenfalls ist diese Frage in dem Gesetzesentwurf nicht gelöst worden, vielmehr sieht das Gesetz vor, daß im jeweiligen Einzelfalle der polnische Ministerrat eins der beiden Ministerien mit der Aufsicht betrauen wird.

Holzkonferenz im polnischen Landwirtschaftsministerium.

Am 21. Novbr. fand im Warschauer Landwirtschaftsministerium eine Tagung der polnischen Waldbesitzer statt. Die Tagessitzung sah folgende Verhandlungsgegenstände vor: Sollpolitik, Anbau und Exploitation der Wälder, Errichtung von Verkaufsstationen, Neuorganisation des Forstschulwesens und schließlich Gründung eines allgemeinen polnischen Forstrates. Über den Verlauf der Tagung ist bis jetzt nichts Näheres bekannt.

Erntergebnisse in Polen. Auf Grund der letzten Angaben, die das Statistische Hauptamt erhalten hat, stellt sich das provisorische Ergebnis der diesjährigen Ernte in Polen wie folgt dar: Weizen 22 Millionen Doppelzentner, Roggen 50,6 Millionen Doppelzentner, Gerste 14,7 Millionen und Hafer 23,9 Millionen Doppelzentner. Im Vergleich zu der Ernte des Jahres 1930 wurden in diesem Jahre geerntet: Weizen 1,7 Prozent weniger, Roggen 18,7 Prozent weniger, Gerste 0,8 Prozent weniger und Hafer 1,8 Prozent mehr.

Firmennachrichten.

Bromberg. In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma "Fabryka Konserw Mięsnych Sp. Akc." in Bromberg, ist ein neuer Termin zur Prüfung von Ansprüchen am 10. Dezember, 9 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 18, anberaumt worden.

Bromberg. In Sachen des Zahlungsausschusses der Firma A. Chamił, Fabryka Fortepianów in Pianin Sp. z o. o., Bydgoszcz, wird ein weiterer Zahlungsausschuß bis zum 28. Februar 1932 verordnet.

Culm (Chełmno). Zwangsversteigerung des in Bruck I, Kreis Culm, gelegenen Grundstückes, Blatt I, Inh. Eduard Adriaan am 26. Januar 1932, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 18.

Culm (Chełmno). Zwangsversteigerung des Grundstückes Culm, Band IX, Blatt 174, Inh. Stefan Podczaski aus Lubawa (Lubawa), am 26. Januar 1932, 9 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 18.

Culm (Chełmno). Zwangsversteigerung des Grundstückes Culm, Blatt 29, Inh. Leokadia Kochanowska, am 10. Januar 1932, 9 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 18.

Nöwe. Im Konkursverfahren gegen August Seefeld aus Schmettau (Szmetowo) nener Vergleichstermin am 11. Dezember 1931, 10 Uhr mittags, im Bürgergericht in Neuenburg (Nöwe), Zimmer 7.

Strasburg. Zwangsversteigerung des Grundstückes Kastzebie, Blatt 118, Inh. Lorenz i Leofadja Bak (47,60 Ar), am 20. Januar 1932, 10 Uhr, im Bürgergericht in Strasburg (Brodnica), Zimmer 40.

Der Weg zu „inneren Präferenzen“.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Die internationale wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten hat in Polen die Förderung von Inlandspräferenzen in immer stärkerem Maße in den Vordergrund des Interesses gerückt. Der katastrophale Rückgang der Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte muß, wenn er nicht von einem ebenso katastrophalen Rückgang der wichtigsten Exportproduktion unseres Landes begleitet sein soll, durch eine Erweiterung des Inlandsmarktes für die bisher exportierten Produkte kompensiert werden. Für Polen, als Land mit ausgesprochenem agrarischen Charakter, spielen hierbei die Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion die größte Rolle. Es geht also in erster Linie um die Aufrechterhaltung, womöglich Vergrößerung der Produktion und der Stabilität der Landwirtschaft, ferner um eine Verringerung des Imports in Abwehr der Einschränkungen, die dem polnischen Export drohen, und der sich daraus ergebenden Gefahren für die Handelsbilanz, Zahlungsbilanz und Stabilität der Währung.

Die Regierung sieht diesen Plänen durchaus wohlwollend gegenüber. Der Leiter des Getreidedepartement im Warschauer Handelsministerium Dr. Adam Nose veröffentlichte dieser Tage in der offiziellen "Gazeta Polska" einen Leitartikel, in dem er in bemerkenswerter Weise zu dem Problem Stellung nahm. Der Verfasser kommt in seinen Ausführungen nach einer Analyse der gegenwärtigen Lage auf dem Weltgetreidemarkt zunächst zu der Feststellung, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit dazu geführt hat, daß auch die sogenannten Ausfuhrländer sich in immer stärkerem Maße von der Einführung ausländischen Getreides unabhängig gemacht haben. Darum sei eine Getreidepolitik, die auf die Erzeugung größerer Exportüberschüsse hinzielte, unter unseren Verhältnissen nicht nur sinnlos, sondern auch schädlich. Man müsse sich von der Devise "Ausfuhrförderung um jeden Preis" grundsätzlich lossagen und als Basis und Maßstab für unsere landwirtschaftliche Erzeugung den Inlandsmarkt nehmen. Es bestehne die Gefahr, daß diese Basis nie als zu gering erachtet, aber hier möge eine richtige Politik einsetzen, deren Ziel eine Verkürzung des Inlandsverbrauches wäre. Dieses Ziel könnte durch weitestgehende Verdrängung ausländischer Erzeugnisse vom polnischen Innernmarkt erreicht werden. Die Auslandsprodukte, Nahrungsmittel und vor allem Rohstoffe, müßten durch die entsprechenden Inlandsprodukte ersetzt werden. Dazu wäre allerdings eine Umstellung bei der Landwirtschaft erforderlich. Erst im vergangenen Jahre sei in Polen mit der industriellen Verarbeitung von Schweinefleisch begonnen worden, obwohl bis dahin in jedem Jahr für etwa 100 Millionen Zloty amerikanisches Schweinefleisch eingeführt wurde. Die Aufzucht polnischer Fleischschweine und ihr Export nach der Tschechoslowakei hätte dort eine Räucherindustrie entstehen lassen, die auf den Auslandsmärkten den entsprechenden polnischen Erzeugnissen erfolgreich konkurriren macht, ausländische Margarine bedroht den polnischen Buttermarkt, die polnischen Ölmühlen verarbeiten überwiegend ausländische Ölfrüchte, Oliven und Mais polnische Oelkunst würden auch im Inland vielfach durch deutsche und tschechische Erzeugnisse verdrängt usw.

Dr. Adam Nose erwähnt auch die Verhältnisse beim Bezug von Rohmaterialien für die Weberei- und Textilindustrie und führt die bezeichnende Tatsache an, daß der Aufschwung der Lodzer Textilindustrie vor dem Weltkrieg Hand in Hand ging mit dem Niedergang der Schafzucht in Polen. Auch der Anbau von Flachs und Hanf, von dem heute nur noch Reste in den Nordostgebieten vorhanden seien, wäre damals in ähnlichen Umspannungen zurückgewichen. Von Polen seien in den letzten Jahren Maßnahmen getroffen, um die Textilindustrie zur Verarbeitung ehemaliger Rohstoffe zu veranlassen. Diese Aktion sei jedoch auf zu kleiner Grundlage in Angriff genommen worden, als daß sie durchschlagendes Erfolg hätte haben können. Die Hauptursache für die Verdrängung der Inlandsprodukte durch ausländische Erzeugnisse sieht der Verfasser zum Teil in den günstigen Bedingun-

gen für Auslandslieferungen, ferner in der weitgehenden Standardisierung der in Frage kommenden Rohstoffe im Ausland und der besseren Qualität der ausländischen Ware. Politische Schäferei würde beispielweise meist in derart kleinen Posten gehandelt, daß sie für die Eindickung der Fabriken gar nicht in Frage käme. Mangelnde Organisation, mangelnde Standardisierung und mangelndes Kapital seien die drei Hauptursachen dafür, daß die polnischen Produkte im eigenen Innern denen des Auslandes unterlegen seien. Hier müsse eine planmäßige Aktion eingesetzt, um der Landwirtschaft die volle Ausnutzung des Inlandsmarktes zu gewähren, und die Landwirtschaft könne mit Recht von der Industrie für sich eine Art Inlandspräferenz beanspruchen. Allerdings müßte die Landwirtschaft selbst auch um eine qualitative Hebung ihrer Produkte bemüht sein.

Diese Äußerungen einer maßgebenden amtlichen Persönlichkeit haben denn auch bereits in Kreisen der Industrie ihr Echo gefunden. In dem Organ der polnischen Schwerindustrie, dem "Kurier Polski", ergibt der bekannte, dem polnischen Wirtschaftstheoretiker Dr. Roger Battaglia das Wort zu den Ausführungen Dr. Adam Noses und gibt zunächst die Bezeichnung des Polens über Einführung von inländischen Präferenzen zu. Es sei nur zweifelhaft, ob das in der letzten Zeit in Regierungskreisen erwogene Mittel zu diesem Zweck zum Gute führen würde. Die Belegung der Textil-Rohmaterialien mit einem Schutz, teilweise sogar mit einem Prohibitionsschutz, könnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen der gesamten polnischen Wirtschaft mehr Schaden als Nutzen bringen. Der Zoll auf Textil-Rohmaterialien müßte grundsätzlich so wirken, wie die Verbrauchssteuern bei Nahrungsmitteln wirken. An anbetraut der Tatsache, daß die Preise für diese Rohmaterialien auf den Weltmärkten festgesetzt würden und Polen nur ein verhältnismäßig kleiner Abnehmer sei, würden die Preise beim Import nach Polen immer um die volle Höhe des Zolls erhöht werden. Um dieselbe Summe könnten sich auch die Preise für Inlands-Rohmaterialien (Flachs, Hanf und Wolle) erhöhen. Man könnte nun zwar die Flachsöl oder die Verbrauchssteuern beispielweise für Kaffee und Tee erhöhen, ohne Gefahr zu laufen, daß diese heute schon unentbehrlichen Produkte verringerten Absatz finden. Bei Kleidungsartikeln sei es jedoch wesentlich anders, da hier jede Besteuerung Hand in Hand ginge mit einer Verringerung des ohnehin schon sehr geringen Absatzes im Innern. Daraus müßte sich nothwendig eine weitere Verringerung des Beschäftigungsstandes in den Textilfabriken und den Konfektionsbetrieben ergeben, das heißt ein weiteres Sinken der Arbeitslosigkeit. Die inländische Produktion von Textil-Rohmaterialien würde dabei also nicht gewinnen, sondern im Gegenteil sicherlich ebenfalls von dem allgemeinen Sturz des Textilsektors betroffen werden. Auch sei es ein Irrtum, anzunehmen, daß man alle Erzeugnisse der Textilindustrie mit inländischen Rohstoffen herstellen könnte. Die Landwirtschaft könnte es sich heute nicht leisten, an Stelle von Dienstleistungen eine weitere Zollsteuer einzuführen, die auf inländischen Rohmaterialien viel billiger stellen, als es bei einer ausländischen Verwendung von inländischen Rohmaterialien der Fall sein könnte. Der einzige rationelle Weg, der für eine Durchführung von Inlandspräferenzen in Frage käme, sei bei Textil-Rohmaterialien nicht eine Besteuerung der ausländischen Rohmaterialien, die doch eingeführt werden müßten. Man sollte hingegen der inländischen Produktion Präferenzerleichterungen gewähren, das wäre eine wirkliche "innere Präferenz". Möglicherweise hierzu gäbe es viel, sowohl auf steuerlichem wie auch auf tarifarischem Gebiet. Bei öffentlichen Lieferungen sollten außerdem die Behörden in erster Linie Materialien aus Inlandsrohstoffen beschaffen. Wenn man nicht das Kind mit der Wiege ausschütten wollte, so müsse man jede Änderung des Wirtschaftssystems durch möglichst geringe Erhöhungen zu erreichen versuchen.

Englisch-französisches Zollabkommen?

Aller Genter Phrasen zum Trost sind die Arbeiten zur wirtschaftlichen Isolierung des kontinentalen Europas in den letzten Monaten in ein beschleunigtes Tempo geraten. Da diese Abschließungsbestrebungen zum Schutz der eigenen "staatlichen Wirtschaft" in ein derart ernstes Kampfstadion getreten sind, so kann nur ein vollkommen harmloses Gemüth noch an eine politische Verständigung glauben, die auf dem Genter Forum jemals gelingen könnte. Der Protektionismus aller Länder befindet sich auf dem Siegeszug — er ist unanhaltsbar: Ein- und Ausfuhrzölle, Schutz- und Präferenzsätze, Schließung der Grenzen, Kontingentierung der Einführung sind die Merkmale auf diesem Wege.

Unter dem protektionistischen Ansturm aller Länder hat auch England seine zwar schon stark eingeschränkten freiheitlichen Gedanken des älteren Liberalismus zu Grabe getragen. Dieses Begräbnis mußte stattfinden, ohne Mühe darauf, welche Regelung durch die letzten Wahlen aus Ruder kam. Jetzt aber beginnt ein Sturm auf aller Länder gegen die englischen Schutzwälle. Die handelspolitische Spannung bei den energischen Absagen Londons ist unvermeidlich. Besonders Frankreich erachtet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eines wirtschaftlichen Drucks besondere Vergünstigungen für sich herauszupreisen, obwohl es sich erst wenige Monate vorher nicht geschert hat, den englischen Exporthandel auf Empfindlichkeiten zu treffen.

Die Gefährdung des französischen Exportes ist klar, in Paris ist man in fleißhafter Erregung. Finanzminister Gladwin und Handelsminister Rollin sind nach London gereist, um "die gegenseitigen Interessen Englands und Frankreichs im Bezug auf Zölle zu klären". Die Reise ist als das unmittelbare Ergebnis einer französischen Kammerversammlung anzusehen und man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß Frankreich mit verstießen Drohungen gegen das Pfund kaum zurückstehen wird.

Über den Zweck der Reise weiß der Londoner Korrespondent des "Berliner Tageblattes" seiner Zeitung folgendes zu berichten:

Die französische Regierung, die während der letzten Tage verschiedentlich einen Zollkrieg angedroht hatte, will offenbar noch-

mals versuchen, auf "glücklichem" Wege eine Verschärfung der handelspolitischen Spannung zwischen Paris und London zu verhindern. Schon vor einigen Monaten hatten hier rein informative Besprechungen mit der englischen Arbeitserregierung stattgefunden, die auf eine Modifizierung des englisch-französischen Handelsvertrages, und zwar damals noch auf Basis der englischen Vorschläge in Geng hinsichtlich der gegenwärtigen Einräumung bestimmter Zollkonzessionen hinzielten. Anwaltliche sind aber die Voraussetzungen für eine Modifizierung infolge des englischen Übergangs zum Protektionismus sehr getrübt worden. Diejenigen Zölle, die England bis jetzt eingeführt hat, sind ja reine "Notzölle", die jedenfalls nach der bisherigen Absicht der englischen Regierung nicht dazu bestimmt sein sollen, Objekt für Handelsvertragsverhandlungen zu werden. Andererseits ist man sich darüber klar, daß vermutlich die französische Regierung gewillt Druckmittel ins Feld führen wird, die sorgfältige Erwägung in London erscheinen. Der Besuch des Finanzministers Gladwin deutet an, daß Frankreich durchaus gewillt zu sein scheint, im Zusammenhang mit dem Zollproblem die französischen Einfuhrmöglichkeiten auf das Pfund Sterling zu betonen. Auch ist es möglich, daß Paris in der Reparations- und Schuldenfrage wichtige Mittel für einen "Kaufhandel" sieht. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden also auch Pfundkrise und die Frage der deutschen Schulden bei den Besprechungen, die über Wochenende stattfinden, berührt. Sonst wird insbesondere die französische Belohnung der Kohlenlieferung, die sich infolge der außerordentlich fehlenden französischen Zusatzzölle vor allem gegen englische Kohle richtet, zur Sprache gelangen. Die französische Regierung ist offenbar gewillt, ihre Einfuhrbeschränkung als Objekt in die Besprechungen zu werfen, welche eine Modifizierung der angekündigten englischen Zölle auf landwirtschaftliche und gartenbauliche "Augusprodakte" bezeichnen soll.

Die Möglichkeiten eines "Zollfriedens" werden im Augenblick hier recht skeptisch beurteilt; es sei denn, daß die französische Regierung, die während der letzten Zeit recht deutlich ihre Bestrebungen vor einer weiteren Erhöhung der Zollschranken in der Welt erkennen sieht, in viel großzügigeren Maßen die Initiative zu einer internationalen Zollkonferenz ergreifen wird.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Veräußerung im "Monitor Polki" für den 30. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 7,5%, der Lombardatz 8,5%.

Der Zloty am 28. November. Danzig: Überweisung — Berlin: Überweisung, große Scheine 47,25–47,45, Zürich: Überweisung 57,75, Paris: Überweisung 287,00, London: Überweisung 31,00.

Marktbericht vom 28. Novbr. Umfrage vom 28. Novbr. 1932. Berlin 124,00–124,31 — 123,69, Belgrad — Brüssel — Budapest — Bütareit — Danzig — Helsingfors — Spanien — Holland 358,75—359,65 — 357,85, Konstantinopel — Japan — Kopenhagen — London 31,48 — 31,52, New York 8,927, 8,947 — 8,907, Oslo — Paris 34,90, 34,99 — 34,81, Praha 26,42, 26,48 — 26,3

Skandal im Pariser „Trocadero“ das Ende einer „Ausrüstungskundgebung“.

In der vergangenen Woche tagte in Paris ein „Internationaler Ausrüstungskongress“, der seine Beratungen am Freitag mit einer öffentlichen Kundgebung für die Ausrüstung und den Völkerfrieden begann. Es kam anders. Französische Nationalisten brüllten die Redner, unter denen sich angesehene Politiker des Auslandes befanden, mit lautem Stimmauswurf nieder, um der Welt zu beweisen, daß ein „unter Französisch“ von Ausrüstung und Völkerfrieden nichts wissen will. Von den zahlreichen Meldungen, die über diesen politisch interessanten Skandal vorliegen, greifen wir den mit Humor gewürzten Bericht heraus, den die „D. A. Z.“ von ihrem Pariser Korrespondenten erhalten hat und den wir noch durch einige spätere Notizen ergänzen.

Danach hatte schon vor der Kundgebung eine sehr lebhafte Agitation gegen die Veranstaltung in der französischen Presse eingesetzt. Dem Druck nachgebend, hatte schließlich der Erzbischof von Paris sein persönliches Erscheinen abgesagt. Aber auch ohne ihn wies die Rednerliste eine anscheinliche Reihe bekannter Namen auf: Herrriot, der das Präsidium führte, Louise Weiss, die Herausgeberin der „Europe nouvelle“, Abgeordneter Joos (Centrum) und Freiherr von Rheinbaben (Deutsche Volksp.) für Deutschland, Scialoja für Italien, de Madariaga für Spanien, Lord Robert Cecil für England, Senator Vorah, der sich von Washington aus per Radio vernehmen lassen wollte, der frühere französische Ministerpräsident Painlevé, der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin Houghton und der französische Senator de Jouvenel. Alle diese Redner kamen zu Worte. Jeder hielt seine Rede, aber was sie sagten, ging in dem rasenden Tumult unter.

Der riesige Saal des Trocadero war voll gefüllt. Auf der Tribüne erschienen mit den Rednern die Abgeordneten unzähliger Verbände, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps. Als aber

Herrriot

mit seiner Größenrede einsetzte, begann sofort der Sturm. Trillerpfeifen und höhnische Burleske, Brüllerei, Gesänge, ebenso stürmischer ironischer Beifall. Der riesige Bürgermeister von Lyon gab an Lungenkraft her, was er hatte. Aber es hilft nichts. Die Lautsprecher funktionieren nicht. Die Vertreter der Kirche, danach das französische Fräulein Weiss, lesen unbeirrt durch den heillosen Lärm. Unterdessen spielen sich im Saal, auf den Galerien und in den Logen die unerhaltamsten Vorgänge ab.

Das Gros der Opposition wird gestellt von Leuten der „Action Française“, den Mitgliedern der Organisation des „Feuerkreuzes“ und von der Patriotischen Jugend. Da sitzt in der Loge

ein Herr mit dem Monokel,

die langen Arme und Hände in Glacéhandschuhen hängen über die Brüstung. Er ist offenbar ein großer Mann der patriotischen Bewegung, denn er stellt das Hauptquartier der Friedensförderer dar. Schließlich springen einige entschlossene Leute herbei und werfen den Teil der Logeninfassung heraus. Nur der Lange mit dem Monokel entgeht seinem Schicksal. Im Gegenstoß nimmt die Patriotische Jugend die Loge wieder. Einer der Helden breitet sein blutbeflecktes Taschentuch über die Logenbrüstung aus. Ansprachen, Tücherschwenken, Begeisterung.

In einem zweiten Angriff wird die Loge abermals gesäubert, nur der Lange hält sich verborgen hinter einer Säule. Zug der ausgereagierten Rufe einer Dame der Nachbarloge, die gerade ihn als Helden und Hauptattentäter bezeichnet. Erst ein paar Minuten später haut ihm eine eine Ohrfeige. Begeistertes Händeklatschen der Dame in der Nachbarloge. Wütende Prügelei. Schließlich lugt alles über und durcheinander aus der Loge, die im weiteren Verlauf des Abends leer bleibt.

Als erster Redner sprach der deutsche Vertreter

Freiherr von Rheinbaben.

Deutschland, sagte er, sei entwaffnet, die anderen aber hätten noch nicht abgerüstet. Wenn der Sicherheitsfaktor etwas Heiliges sei für Frankreich, so sei er es auch für Deutschland. Die wirkliche Beschränkung der Rüstungen bei Personal wie Material sei praktischer als die Beschränkung der Rüstungsausgaben.

Nach Rheinbaben hielt der Vertreter der englischen Gewerkschaften

Bromley

eine Rede. Er erklärte, die Ausrüstungsbewegung müsse vom Volke propagiert werden. Der Völkerbund möge zu einem Bündnis der Völker werden, während er bis jetzt ein Bündnis der Politiker und Staatsmänner sei.

Sodann sprach der deutsche

Professor Quibde.

Er verlangte nicht nur eine Beschränkung der Rüstungen, sondern eine Herabsetzung. Wenn die Ausrüstungskonferenz scheiterte, dann würde die Bewegung in Deutschland erstarke, sie einen Ausritt Deutschlands aus dem Bunde befürworte.

Paul-Boncour

erklärte, die Ausrüstung sei an sich keine Sicherheit. Er glaubte aber auch nicht, daß die Rüstungen eine Sicherheit seien. Nur internationale Sicherung könne nationale Rüstungen ermöglichen. In dem Maße wie die Sicherheitsgarantien Fortschritte machen, müsse parallel die Ausrüstung erfolgen.

Als der deutsche Reichstagsabgeordnete

Joos

das Wort erhielt, erhob sich ein durch Sprechchor unterstütztes Pfeifkonzert, das jeden Laut verschlang. Der Tumult erreichte einen aller Erfahrung spöttenden Höhepunkt. Die Prügelszenen nahmen immer tollere Formen an. Kein Mensch hörte mehr auf den Redner, so daß der Reichstagsabgeordnete Joos eine Unterbrechung eingetreten lassen mußte und erst fortführte, als einigermaßen Ruhe eingetreten war. Joos führte u. a. aus: Kein Volk könne ein ausrichtigeres Bedürfnis nach einem positiven Ausgang der allgemeinen Ausrüstungskonferenz des nächsten Jahres haben, als das deutsche; denn das deutsche

Volk habe auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages die eigene Ausrüstung bereits seit vielen Jahren durchgeführt. Es habe durch seine Ausrüstung eine Vorleistung auf die allgemeine Ausrüstung vollzogen, auf die das deutsche Volk in all seinen Schichten seit Jahren mache.

Joos fuhr dann fort: „Der dritte Punkt unserer grundlegenden Leitgedanken hat allerdings, wie ich in aller Öffentlichkeit erklären möchte, in manchen Kreisen meines Heimatlandes zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, möchte ich hier unterstreichen, daß er sich nach unserer Auffassung ausschließlich auf die Verpflichtung zur Ausrüstung derjenigen Staaten bezieht, die noch nicht abgerüstet haben.“ —

Auf der Galerie und im Saal wird der Kampf weitergeführt. Neben mir taucht ein Engländer auf. Im Gedränge macht man oberflächliche Bekanntschaften. Es ist ein Herr aus Wallis. Aber man wirkt mit kleinen Dingerchen, so groß wie Kaffebohnen, und der Walliser hatte den Eindruck, daß er eine allzu erwünschte Zielscheibe absehe. Da setzt er flug seinen Hut auf und verschwindet. Vor der Tribüne geht in aufgeregten Schritten, während die Redner den Mund öffnen und wieder schließen, ein Herr auf und ab, immer auf und ab. Herrriot dringt auf ihn ein, schreit ihn an. Pierre Cot dringt auf ihn ein. Was will er eigentlich? Gar nichts. Ich frage ihn später. Es war ein Pazifist, der momentan seinen Verstand verloren hatte.

Während ein Redner den Mund auf- und zumacht, springt ein junger Franzose auf die Tribüne: „Mutige Männer gesucht! Wir wollen nach oben und Ordnung schaffen.“ Wenige Minuten später dirigiert man das Licht eines großen Scheinwerfers auf den ersten Rang, wo ein Orkan zu wüten beginnt. Unterdessen murmelt der Italiener

Scialoja

eine Rede vor sich hin, mit der inneren Hinterkeit eines Mannes, der weiß, daß aus diesem Skandal sich mancherlei Honig wird saugen lassen.

Lord Robert Cecil

hat das Glück, als er sich erhebt, daß der Lautsprecher zu funktionieren beginnt. Die Übersetzung seiner Rede aber geht wieder im Lärm unter.

Dazwischen gibt das Radio mit tausendfach verstärkter Stimme

Borahs Ansprache

aus Washington, die — wahrscheinlich wegen des technischen Interesses — wesentlich ruhiger angehört wurde.

Senator Borah

drückte in seiner Rundfunkansprache seine völlige Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verhalten der Siegerstaaten zu dem in Versailles feierlich abgegebenen Vertrag aus. Die Rüstungsfrage werde von den Regierungen absichtlich so mit technischen Schwierigkeiten versteckt, daß aus dem Vertrag, das den kriegsmüden Völkern neue Hoffnung gegeben habe, ein Spielball internationaler Politik geworden sei. Man werde nicht vorankommen, wenn man die Regierungen nicht in der öffentlichen Meinung der Völker antreibe — und zwar nicht durch milde Vorstellungen, sondern durch leidenschaftliche Entrüstung über die gegenwärtige Ungerechtigkeit. Während über vierzig Millionen Männer, Frauen und Kinder in der Welt hungern, gebe man achtzig Prozent aller Steuern für Kriegsrüstungen aus. Das bediente einen langsam aber unabwendbaren nationalen Selbstmord. Das so oft aufgeworfene angebliche Problem der Sicherheit müsse in die richtige Perspektive gerückt werden.

„Der erste Stoßtrupp der Landesverteidigung ist“, so erklärte Borah, „weder Heer noch Marine, sondern ein aufziedenes loyales Volk. Auch in einer Flotte können aus wirtschaftlichen Gründen Meuterzeiten ausbrechen, und alle anderen Machtmittel der Regierung sind ebenso durch Hunger oder Not der Bürger verwundbar. Die demoralisierende Wirkung der Depression macht sich selbst in den goldreichen Ländern Amerika und Frankreich fühlbar. Die Ausrüstung ist kein Althilfsmittel, aber eine gewaltige Schritt zur Besserung der wirtschaftlichen und moralischen Verfassung der Völker.“ —

Inzwischen ist Polizei in den Saal geraten. Ein paar Überläufer fliegen hinaus. Viel hilft das nicht. In einer Ecke haben sich einige Musikfreunde niedergelassen, die die Trillerpfeife verachten und sanfte Weisen unermüdlich vor sich hinpfeifen. In den seltenen ruhigen Augenblicken bringt es das Unternehmen zu dem schönsten Erfolg.

Painlevé setzt sich durch.

Man weiß, daß er nicht abrüsten will. Er behauptete rund heraus, der Versailler Vertrag sehe den „wahren Frieden“ und die „wahre Ausrüstung“ vor, mache dann alle sattlam bekannten französischen Vorhalte und riet schließlich zum Schluss den anwesenden Deutschen dringend an, sie möchten angesichts der „Schwierigkeiten“ der Ausrüstungsfrage — Geduld haben! Dies nach 18jähriger planmäßiger Sabotierung des Ausrüstungsgedankens durch Frankreich! Um so wütender wurde dann

Pichot niedergeschrien,

als er eine allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Ausrüstung forderte.

Als dann der Amerikaner

Houghton

einsetzt, steigt der Sturm auf den Höhepunkt. Houghton war nur für diesen Abend von den Vereinigten Staaten herübergekommen. Ein Scheinwerfer beleuchtet das unfründliche Schicksal, das man ihm bereitet. Zweimal setzt er zur Rede an, zweimal hört er wieder auf.

„Das ist also die französische Höflichkeit!“ rief Houghton ironisch den Schreibern zu. Die Antwort war neues wütendes Gebrüll,

Der spanische Delegierte

de Marziaga

versucht mittels Lautsprecher die Franzosen bei ihrer Chor anzupaden. Vergeblich. Es geht ein gewaltiges Wogen durch das Parkett. Der Sturm auf die Rednertribüne setzt ein. Die Diplomaten verlassen ihre Plätze. Lord Robert Cecil flüchtet mit einem leichten Seerauberlächeln auf dem Kirchenvatergesicht.

Polizei stürzt herbei, um die Tribüne mit einem Ring zu umgeben. Einige der Stühle sind schon fort. Einer ihrer Führer versucht zu sprechen. Prügelei. Zwei Individuen werden von fünf bis zehn Polizisten gefaßt, unter deren Fausten sie fast zerstören. Eine französische Kollegin schreit ununterbrochen in gleichem Takt: „Vive la paix!“ Aus dem Saal aber antwortet man mit tausend Stimmen: „Vive la France!“

Eine andere Kollegin, die auf einen Sessel gestiegen war, um das Schlachtgewühl besser zu überblicken, befindet sich plötzlich mit dem Kopf nach unten, mit den Beinen in der Luft. Der französische Senator

de Jouvenel

hält hinter dem Ring der Polizei eine wütende Rede. Man glaubt, Beine und Arme müßten ihm demnächst davonfliegen. Herrriot hält bis zum bitteren Ende aus. Als das große weiße, um die ganze Galerie herumlaufende Band, das verkündet, daß 1800 Abgeordnete von unzähligen Verbänden und von allen Nationen zu diesem Abend in Paris zusammengetroffen seien, als dieses Band von den „Siegern“ heruntergeholt wurde, war das Ende da.

Eine nationale Gegenkundgebung

gegen den Ausrüstungskongress fand gleichzeitig mit der Versammlung im Trocadero im Wagramsaal statt. Den Vorsitz führte der General Joulland. Der Hauptredner war der blinde Deputierte Scapini. Diese Versammlung verließ ohne Stirnband.

So rüstet man in Frankreich ab!

Das Urteil der französischen Presse

ist bezeichnend. Links bringt man Entschuldigungen, teilweise sogar in entrüstetem Tone, vor; in der Mitte schweigt man sich aus; rechts herrscht ungetrübte Begeisterung. Das „Echo de Paris“ macht sogar einen Heldengelang aus dem Kampf gegen die Friedensfreunde aller Welt und röhrt die Franzosen, die den „Renegaten“ Joos (seinen Elässer) und den „Deutschensfreund“ Houghton nicht in Paris sprechen lieben. Die Schreier gegen den Frieden hätten recht gehabt; nicht gegen die Ausrüstung hätten sie protestiert, sondern gegen die Auswahl der Leute, welche in Paris über die Ausrüstung gesprochen haben. Zu diesen Leuten gehören Lord Robert Cecil, Scialoja, Houghton und andere Vertreter der mit Frankreich befreundeten Nationen. Sie alle würden jetzt wissen, wie ein Teil der französischen Jugend über die Ausrüstung denkt und sie werden in ihrer Heimat davon erzählen.

Die „Action Française“ spricht in ihren spaltenlangen Berichten von der Niederlage der Pazifisten und von dem bewunderungswürdigen heldenhaften Sieg im „Trocadero“.

Entrüstung in Amerika.

Die amerikanischen Zeitungen geben den erregten Kabeln ihrer Pariser Korrespondenten über den Trocadero-Skandal breiten Raum. Es besteht kein Zweifel, daß die amerikanische Öffentlichkeit auf das Auspeifen des frischeren Botschafters Houghton und die Anpöbeln gegen Senator Borah sehr empfindlich reagieren wird. Ein demokratischer Abgeordneter erklärte, es sei unverständlich, daß die Pariser Polizei diese unwürdigen und für die Ausländer beleidigenden Auftritte nicht verhindern konnte. Amerika wolle in den europäischen Fragen nicht Partei nehmen. Die Wirkung derartiger Vorkommnisse könne daher nur sein, daß Amerika sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung gänzlich von Europa zurückziehen werde.

Borahs Ansprache in Frankreich?

Der Pariser Berichterstatler des „Kurier Poznański“ macht sich über diese Frage seine Gedanken. Er schreibt u. a.:

In den politischen Kreisen Frankreichs wird es lebendiger. Es ist dies in gewissem Grade verständlich mit Rücksicht auf die vorstehenden parlamentarischen Wahlen. Die gegenwärtige Parlaments-Session ist die letzte in dieser Legislatur-Periode. Jedermann denkt also vor allem daran, wie sich in der nächsten Zeit die Parteien den Wählern präsentieren werden. Und da die Seiten schwer sind, ist die Wachsamkeit allgemein. Wird es in diesem Zusammenhang zu einer Regierungskrise kommen? Alles hängt von der Haltung der Radikalen Partei ab. Aber in deren Reihen gibt es keine einheitliche Auffassung. Wenn Herr Daladier darauf drängt, auf dem Hintergrund der Erhöhung der Eisenbahntarife eine Krise hervorzurufen, so wollen andere Führer dieser Partei, mit Herrriot an der Spitze, die jegliche Regierung bis zu den Wahlen beibehalten, um sie mit der vollen Verantwortung für die schwere Lage Frankreichs zu belasten. Die verschiedenen Sorgen hervorzurufen beginnt. Diese gemäßigten Ansicht der Opposition verläuft künftig der Abg. Lamoureux, indem er daran erinnerte, daß die Radikale Partei im Laufe dieser Legislatur-Periode zweimal versucht hat, eine Regierung zu bilden, daß aber diese Versuche mißlungen sind. Man müsse deshalb die Konstituierung der neuen Kammer abwarten.

In der Regierung selbst sind die Ansichten gleichfalls geteilt. Wie es scheint, hätte Laval gegen eine Abgabe der Macht an die Radikalen für eine gewisse Zeit nichts einzurichten. Man spricht auch davon, daß der Präsident Doumer nicht als Mann der Rechten gelten will. Er wünscht eine Ausdehnung der Regierung nach links. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß Laval die begonnenen internationalen Verhandlungen nicht unterbrechen kann. Diese kritischen Stimmungen fanden in gewissen Personalveränderungen ihren Ausdruck. Der Vorsitzende der Außenkommission des Senats Villot Berard ist gestorben,

Der Vorsitzende der Außenkommission der Kammer Paul Boncour ist zurückgetreten, da er in den Senat eingetreten ist. Wer wird diese Männer erschaffen? Wahrscheinlich wird Herrriot an Paul-Boncours Stelle treten, da sein Gegenkandidat Loucheur gestorben ist. Der plötzliche Tod dieses Politikers ändert auch etwas an der Lage. Herr Loucheur führte in der letzten Zeit die Kampagne gegen Herrn Laval hinter den Kulissen und lancierte den Gedanken eines Kabinetts Painlevé, in dem er selbst eine Hauptrolle gespielt hätte. Alles dies steht im Zusammenhang mit der Frage der Nachfolge für Briand. Es ist jetzt bereit, ersichtlich, daß dieser nicht mehr lange Zeit seine ministeriellen Funktionen ausüben kann. In einer der letzten Sitzungen der Kammer zeigte Briand, der 69 Jahre alt ist, eine solche Ermüdung, daß man die Sitzung unterbrechen mußte. Trotzdem hat ihn die Schlafigkeit nicht verlassen. Wer wird sein Nachfolger? Die Liste der Kandidaten für diesen Posten ist lang: Laval, Tardieu, Herrriot, Paul-Boncour, de Jouvenel u. a. m. Abgesehen von dem Gesundheitszustand Briands bestätigt sich die Ansicht, daß die neue Lage in der Welt und in Deutschland einen neuen Mann erfordern wird.

Die Aussichten der Tributkonferenz.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit einem gewissen französischen Politiker, der, wie das Blatt hervorhebt, in nahen Beziehungen zu der Französischen Regierung steht.

Auf die Frage des Korrespondenten, welches Ergebnis die Tributkonferenz zeitigen werde, soll der Franzose gesagt haben: „Ich glaube nicht, daß diese Konferenz zu einer endgültigen Lösung des Tribut-Problems führen wird. Die Bedingungen für eine endgültige Lösung kann nur Amerika schaffen. Amerika aber ist dazu noch nicht reif. Außerdem sind die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich in der Tributfrage noch so stark, daß ich mir ihren Ausgleich nicht vorstellen kann. Deutschland erklärt, daß es zahlungsunfähig sei, Frankreich aber besteht auf seinem Schein. Die Französische Regierung, die auf dieses Recht verzichten würde, würde unverzüglich durch die Kammer gestützt werden. Die Deutsche Regierung aber, die die Tributverpflichtungen von neuem bestätigen sollte, stände wahrscheinlich einer oppositionellen Mehrheit im Reichstage gegenüber. Unter solchen

Umständen ist die Überwindung dieser Gegensäße kaum möglich.

Auf die Frage des Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“, ob die Tributkonferenz nicht zu einem Kompromiß führen werde, erwiderte der französische Politiker: Dies wäre möglich; doch die Schwierigkeiten stecken darin, daß Deutschland kein Provisorium, sondern eine definitive Lösung fordert. Wenn Deutschland nicht zahlen kann, so sollte es wenigstens das Versprechen geben, daß es die Zahlungen wieder aufnehmen wird, sofern dies möglich sein wird. Und es sollte die Garantie dafür geben, daß es dieses Versprechen halten wird. Zum Schluss erklärte der französische Politiker auf die Frage, wie sich Frankreich einer Regierung der Nationalsozialisten gegenüber verhalten würde: Dies wird von dem Austritt der Nationalsozialisten in der Regierung abhängen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Nationalsozialisten bemühen werden, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen.

Wie man in England darüber denkt.

Klare Stellungnahme der „Times“ zur Tribut-Borrangfrage.

London, 27. November. (Eigene Meldung.) Die „Times“ nehmen in einem Leitartikel ernst Stellung zur Frage des Vorranges der Tribut. Es sei ganz klar, daß Deutschland Ende Februar nicht in der Lage sein werde, seine sämtlichen kurzfristigen Verpflichtungen zu erfüllen. Im Interesse der finanziellen Festigkeit Europas und Amerikas sei es unbedingt nötig, das Stillhalteabkommen in irgend einer Form zu erneuern. Das sei aber offenkundig praktisch undurchführbar, solange keine vernünftigen Aussichten auf die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland bestünden. Wenn man von Deutschland Zahlungen in Geld oder in Sachwerten verlange, so sei eine Rückkehr des Vertrauens infolge des starken Druckes, unter dem das deutsche Wirtschaftsleben als Folge der Finanzkrise leide, unmöglich. Das bedeute nicht notwendigerweise, daß alle Tributansprüche sofort gestrichen werden könnten, wohl aber bedeute es, daß sie endgültig so lange aufgeschoben werden müßten, bis Deutschland sich soweit erholt habe, daß seine Fähigkeit, Tribut zu leisten, ernst abgeschätzt werden könnte. Deutschland brauche zweifellos eine viel längere Atempause, als das Hoover-Moratorium

vorsehe. Wenn man jetzt irgend welche Ansprüche auf Vorrang der Tribut vor den privaten Verpflichtungen erheben würde, so würde das nur den völligen Zusammenbruch des deutschen Kredites und damit die ernstesten Folgen für ganz Europa einschließlich Frankreichs zum Ergebnis haben.

Der „Daily Herald“ hält eine Krise im Februar oder vielleicht schon früher für sehr wahrscheinlich. Nur sehr wenige Menschen glaubten, daß die Erörterungen über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage irgend ein Ergebnis von Bedeutung haben würden.

Dralonische Maßnahmen in Moskau gegen die „Brotverbrecher“

Moskau, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die sowjetische Telegraphen-Agentur veröffentlicht eine gemeinsame Verordnung des Vorsitzenden der Volkskommissare Molotow und des Generalsekretärs der Partei Stalin, in der außerordentlich scharfe Maßnahmen gegen die sogenannten „Brotverbrecher“ ergriffen werden, da diese, wie die Verordnung hervorhebt, in fast allen staatlichen Wirtschaften mit Ausnahme des Zuckertrutes festgestellt wurden. Die Verordnung sagt, daß die in die Staatswirtschaften entsandten Prüfungskommissare eine „schreiende Unwirtschaftlichkeit“ festgestellt habe. In der Vereinigung der staatlichen Getreidewirtschaften sei ein „verbrecherisches Verhalten gegenüber dem Staatseigentum aufgedeckt worden“. Die Verluste bei der Ernte, dem Drusch und dem Transporte seien unmöglich hoch, eine wirkliche Buchführung fehle vollkommen, das Getreide werde nach ungünstigen Normen verteilt, die Bilanzen seien vielfach gefälscht worden, und schließlich werde die Verpflichtung, das Getreide dem Staat abzuliefern, von allen Leitern der staatlichen Wirtschaften als eine Nebensache betrachtet, deren Durchführung stets hinausgeschoben werde. Die hoch entwickelte Technik werde zur Erhöhung der Erntergebnisse gar nicht hinreichend angewendet.

Auf Grund dieser Feststellungen wurde der Leiter der Vereinigung der staatlichen Wirtschaften Geschäftsführer seines Postens entthoben. Die Beamten, die für die Menge verantwortlich zu machen sind, sollen gerichtlich verfolgt werden. Jeder Verbrauch von Brotgetreide und Buttermitteln über die festgelegten Mengen hinaus wird als gemeines Verbrechen geahndet werden.



Nur echt in dieser Original-Packung, versiegelt und mit Preisaufdruck.



Tagtäglich werden viele tausend Pfunde NACHTIGAL-KAFFEE geröstet und verkauft.

Clubgarnituren, Chaiselongues 3000 zł.

sowie lärmliche Polsterarbeiten, la Polsterung werden zu herabgesetzten Preisen neu angefertigt und ausgepolstert. Dekorationen fertige ich in jeder gewünschten Stilart an.

Tapezierermeister und Delorateur 4672

Aug. Witt, Bydgoszcz, Gamma 5.

Für Bädermeister Semmelmühlen, Mehlsiebwerker, Brotziebler, Äuchenbleche, Röte etc. billig bei P. Krause, Gdańsk 76 (131). 10475

Rechtsbeistand

Möbelstoffe

Plüsche Gobelins

Matratzendrelle

modernste Muster bei größter Auswahl, kaufen man nur im

Spezialhaus

Eryk Dietrich

Gdańska 78/130. Telefon 782.

Washinen

Möbel und Büroartikel, sowie fachmännische Reparatur von Schreibmaschinen

versch. Systemen

versch. Systemen</p